Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis mit den Wochenbeilagen „Bader der Lowe" u. „Spottvogel" durch die Post M. 2.40 o. Bestellgeld durch Boten M. 2.— frei Haus monatl. Ersch. wert. tägl. nachm. Einzelnumm. 10 Pf. Sonnabends 20 Pf. Geschäftsst: Hälterstr. 4 (Hauptst.) u. Gotthardtstr. 58. — Im Falle höh. Gewalt (Streik usw.) besteht kein Anspr. auf Lieferung od. Rückvergütung.

Anzeigenpreis für den 8gesp. Millimeterraum 7 Pfg., im Reklameteil (3gesp.) 28 Pfg für Chiffre u. Nachweisung 21 Pfg. Auffschlag. Familienanzeigen ermäßigt. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigenschl. 10 Uhr vorm. — Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. — Postscheckkonto Leipzig 16654. Fernsprech. 100/101

Nr. 71 — Mittwoch, den 25. März 1925 — 165. Jahrgang

Befreiungspolitik, nicht Erfüllungspolitik.

Dr. Jarres in München. — Erneute Widerlegung linksparteilicher Wahllügen.

München, 25. März. Die vom Reichsblock gestern abend veranstalteten drei Wählerversammlungen waren außerordentlich gut besucht. Oberbürgermeister Dr. Jarres führte u. a. aus: Dieser Wahlkampf ist für mich ungeachtet der Anstrengungen, die er erfordert, und mancher unerquicklichen Dinge, die er im Gefolge hat, dennoch

zu einem frohen und stolzen Erlebnis

geworden. Einmal, weil es gelungen ist, in unserem Reichsblock über Parteiströmungen hinweg

eine gemeinsame Volksfront

zu bilden, die, wie wir zuversichtlich erhoffen, noch eine Verbreiterung finden soll. Ein frohes Erlebnis ist es insofern auch, als ich in den verschiedenen großen Hauptstädten, die ich auf meiner Fahrt durch Deutschlands Gaue bisher berührt habe, eine sehr starke Uebereinstimmung über die großen Gesichtspunkte und Ziele unserer Politik feststellen konnte. Diese Feststellung habe ich auch in Bayern machen können.

Nord und Süd gehören immer zusammen,

und die Mainlinie, das wird mir gerade hier in München offenbar, tritt uns jetzt nicht mehr in den Weg. Sie soll uns jetzt und immerdar verbinden. Was wollen wir? Gestern habe ich bereits vor Vertretern der bayerischen Presse und führender Persönlichkeiten aller Stände kurz die Grundlagen unseres Programms mit den Worten gekennzeichnet:

Wir wollen die Erneuerung des Staates auf nationaler, christlicher und sozialer Grundlage. Ueber alles die Einheit des Reiches.

Aber diese Einheit wird durch die Ueberspannung des Unitarismus, wie sie in der Weimarer Verfassung zutage tritt, nach meiner Meinung nicht gefördert, sondern gefährdet. Leider sind die Mahnungen des Alten aus dem Sachsenwalde von den Nachfolgern in seinem Amte nicht immer beachtet worden. Ich bin der Ansicht, daß damit unser nationales Unglück begonnen hat. Und wenn wir aus unserer jetzigen unglücklichen Lage heraus wollen,

dann müssen wir zurück zu Bismarck.

Damit wir uns auch in Zukunft zusammenhalten können, ist es nötig, den Ländern und insbesondere auch Bayern die Möglichkeit zu geben, in großer Freiheit ein Eigenleben zu führen, kulturelle Eigenart zu pflegen. In diesem Sinne fordern wir die Revision der Weimarer Verfassung. Aus nationalen Gründen erstreben wir eine würdevolle und aufrechte Vertretung unserer Interessen im Auslande.

Deutschland will ehrlichen Frieden,

aber einen Frieden, der dem deutschen Volke die Lebensmöglichkeit gibt. Wir sind bereit, die übernommenen Verpflichtungen nach dem Maße unserer wirtschaftlichen Kraft einzuhalten, unter der Voraussetzung, daß auch die Gegner sich an die von ihnen eingegangenen Verträge halten und mit der Uebernahme schwerer Lasten die Wiedergewinnung der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes unseres deutschen Volkes verknüpft wird.

Befreiungspolitik, aber nicht Erfüllungspolitik.

Für die Befreiung des besetzten Gebietes wollen wir freudig jedes Opfer bringen. Nicht einzelne Provinzen, sondern das Reich in seiner Gesamtheit soll die Lasten des verlorenen Krieges tragen.

Es war eine verhängnisvolle Entscheidung der Reichsregierung, die auf die Initiative des damaligen Reichsfinanzministers Hilferding erfolgte, und die auch die Zustimmung des damaligen preußischen Ministerpräsidenten Braun fand, die Leistungen für das besetzte Gebiet einzustellen.

Von der Stunde meines Eintritts in die Reichsregierung habe ich mich mit Erfolg bemüht, die Ausführung der Beschlüsse hinauszuschieben und einen Uebergang herbeizuführen. Aber es handelte sich in der verzweifelten Lage nicht nur um die Folge der finanziellen Leistungen für die besetzten Gebiete. So wichtig diese Frage war, die Hauptfrage war doch politischer Art. Ich habe damals vorgeschlagen, zunächst noch einmal die Verständigung mit den Besatzungsmächten mit allem Nachdruck und unter weitgehendem Entgegenkommen zu versuchen.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen ging Dr. Jarres auf eine Versammlung der Führer der Parteien vom 24. Oktober 1923 näher ein, in der der dem Zentrum nahestehende Oberbürgermeister Dr. Adenauer erklärte, daß es notwendig sei, im Wege der Verhandlungen mit den Franzosen zu einem Ziele zu kommen. Die gelindeste Lösung würde natürlich die von uns bekbteste sein. Als solche komme in Frage

eine Abtretung der Rheinprovinz von Preußen.

Er war der Meinung, daß es auf diesem Wege möglich sei, das Reich von dem Versailler Vertrage loszubekommen und die ganzen Lasten aus diesem Vertrage dem Reiche abzunehmen. Er hoffte weiter, daß bei einer derartigen Lösung die besetzten Gebiete von den Besatzungstruppen befreit würden.

Der Führer der rheinischen Demokraten trat für seine Partei im allgemeinen diesen Ausführungen Dr. Adenauers bei.

Er war der Auffassung, daß wir einer solchen staatsrechtlichen Aenderung wahrscheinlich auf keinen Fall weder de facto noch de jure entgehen würden.

Die Parteien, deren prominente Führer solche Gedanken hegten, sollten sich wirklich schämen, den Führern anderer politischer Richtungen Vorwürfe wegen einer Politik zu machen, die, mag man sie für richtig halten oder nicht, jedenfalls nicht von Schwäche und Verzweiflung geleitet war.

Dr. Jarres ging dann auf kulturelle und konfessionelle Probleme über, die er in der Art seiner früheren Reden wieder behandelte, und die darin gipfelten, daß man dem Gedanken des Klassenkampfes das Ideal einer organischen Staatsauffassung gegenüberstellen müsse. Nicht Klassenkampf, sondern eine wirtschaftliche Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern weist den Weg zur Lösung der sozialen Fragen. Ich glaube, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten der Parteizänkereien müde ist. Der Mann, den das deutsche Volk wählen soll, darf nicht als Vertreter einer einseitigen Parteirichtung oder einseitigen Wirtschaftsinteressen nahestehen. Der Parteigeist muß durch erhöhte Staatsgesinnung überwunden werden.

Die Ausführungen von Dr. Jarres fanden stürmischen Beifall.

Der „versackte" Schwindel.

Wir konnten schon verschiedentlich feststellen, daß die gleich bei der Einleitung des Wahlkampfes um die Reichspräsidentschaft von Dr. Jarres herausgegebene Parole, die Wahlagitation nur sachlich und vornehm zu führen, bei den Linksparteien keine Beachtung gefunden hat. Im Lager der Linken hat man in der Erwartung, daß die im Reichsblock vereinigten Parteien, Verbände und Wirtschaftsgruppen die erbetene vornehme Zurückhaltung dauernd bewahren würden, eine groß angelegte Verleumdungsoffensive gegen Dr. Jarres eingeleitet, bei der nicht einmal vor der Gattin dieses ehrenhaften Mannes Halt gemacht wird. Den ausgiebigsten Gebrauch machen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten von der Behauptung, Jarres sei der Prototyp des Versackungspolitikers, dem es nicht darauf angekommen wäre, in den kritischen Tagen der Ruhrbesetzung das Rheinland den Franzosen zu überlassen. Wir sind uns wohl alle darin einig, daß einem deutschen Politiker überhaupt kein ehrverletzenderer vernichtender Vorwurf gemacht werden kann als diese verbrecherische Absicht des Hochverrats an deutschem Land und Volk. Aber mit derselben Gewißheit glüht in uns die Ueberzeugung, daß ein Mann wie Dr. Jarres sich niemals durch ein solches Bubenstück seinen Ehrenschild befleckt hätte. **Dr. Jarres hat denn** auch diese Verleumdungen in **präziser Form auf ihren wahren Inhalt** zurückgeführt und dabei mit dem Rechte des Angegriffenen die tatsächlichen Vertreter der Versackungspolitik bloßgestellt. Ueber dieses Kapitel konnten sich unsere Leser in unserer gestrigen Ausgabe unterrichten. Auch die Namen der Versackungspolitiker waren veröffentlicht: **Adenauer, der Zentrumsmann, Falk, der Demokrat, und Braun, der Sozialdemokrat.** Was vorauszusehen war, ist eingetroffen: die Enthüllung hat im Lager der Linken wie eine Bombe eingeschlagen. Die kompromittierten Herren sind einem fürchterlichen Trommelfeuer, sich zu rechtfertigen, ausgesetzt. Dieser Forderung konnten sie sich auch nicht entziehen, wenn nicht die in allen Tonarten angepriesenen Parteikandidaturen der Linken einen eklatanten Schiffbruch am kommenden Wahlsonntag erleiden sollen. So hat nun als erster der Kölner Oberbürgermeister Adenauer eine „Rechtfertigungsrede" gehalten. Er zitiert als Kronzeugen für sich den Kölner Vertreter der „Frankfurter Zeitung" (Demokratenblatt!), der in einer Broschüre „das richtige Bild der Vorgänge" gegeben habe. Danach habe Dr. Jarres damals als Vorsitzender seine Theorie, er wolle nicht sagen der Versackung, aber einer gewaltsamen Loslösung entwickelt. Darauf habe Dr. Moldenhauer vorgeschlagen, sich von der Reichsregierung Vollmachten zu erbitten, um das wirtschaftliche Geschick selbst in die Hand zu nehmen. Außerdem habe Moldenhauer die Bildung eines Direktoriums für das besetzte Gebiet, unmittelbare Verhandlungen der Wirtschaft mit Frankreich und eigene Steuer- und Währungsrechte gefordert. Dr. Adenauer habe sich gegen **diese Politik verwahrt**, da hierdurch das besetzte Gebiet vom Reich und von Preußen getrennt und eine französische Kolonie werden würde.

Also ganz unschuldig ist Herr Adenauer, wer das Gegenteil sagt, irrt sich. Leider hat Herr Adenauer vergessen, sich mit Herrn Falk über die Art der Rechtfertigung zu besprechen. Sonst hätte nicht folgender peinliche Widerspruch entstehen können: Herr Falk benutzte gestern die „Vossische Zeitung" zu seiner Rechtfertigung. Nachdem er die Enthüllung Dr. Jarres' als unwahr bezeichnet hat, erklärt er weiter, er habe in den Tagungen zu Barmen und Hagen am 24. und 25. Oktober den Vorschlag des Herrn Moldenhauer **und ebenso die sich daran anschließenden Darlegungen des Oberbürgermeisters Dr. Adenauer bekämpft.** Wir fragen: hat Herr Falk die von Herrn Adenauer behauptete streng patriotische Haltung bekämpft, oder hat Herr Adenauer eine mit den Tatsachen in Widerspruch stehende Darstellung seines Verhaltens gegeben? Herr Falk ist aber vorsichtiger, er baut eine Brücke zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen, die so aussieht: „Ich habe erklärt, wenn solche Aenderungen (Loslösung vom Reiche) unter dem Druck der Bajonette ausgesprochen würden, so müßte man sie tragen. Aber um der deutschen Zukunft willen dürfe die Bevölkerung des besetzten Gebietes keinerlei Schritte tun, die zu staatsrechtlichen Aenderungen führen könnten. Ob vielleicht später einmal der nicht vorherzusehende Fall eintreten könnte, der es zur patriotischen Pflicht macht, zu erwägen, ob man durch Verhandlungen dem Deutschen Reiche diene, könne dahingestellt bleiben (!!). Demnach gibt Herr Falk wenigstens etwas zu, nämlich bedingungsweise Versackungspolitiker gewesen zu sein. Was aber beide Herren nicht zugeben, das wird noch bestimmt geklärt werden. Dafür wird Herr Jarres sorgen.

Dieselbe „Vossische Zeitung", die Herrn Falk ihre Spalten öffnete, hat auch Herrn Erkelenz, dem Vorsitzenden der Demokraten, Gelegenheit gegeben, etwas über „Versackungspolitik" zu schreiben. Nach einer lahmen Verteidigung derjenigen Linkspolitiker, die Ende 1923 drauf und dran waren, das Rheinland preiszugeben, gesteht er plötzlich in bezug auf Dr. Jarres:

„Jarres hat nur aus reinen patriotischen Motiven gehandelt. Seine patriotische Gesinnung kann nicht in Zweifel gezogen werden."

Der Aufwertungsplan der Reichsregierung.

Der Gesetzentwurf der Reichsregierung über die Aufwertung wird morgen veröffentlicht. Dem Gesetzentwurf ist eine ausführliche Begründung beigegeben. Ueber den Inhalt des Aufwertungsplanes weiß das „B.T." mitzuteilen:

An der Unterscheidung zwischen altem und neuem Besitz werde festgehalten. Der Besitz an Kriegsanleihe, der vor dem 1. Januar 1920 erworben worden ist und dessen Erstens durch die Vermögenssteuererklärung vom 31. Dezember 1919 nachzuweisen ist, gelte schlechthin als alter Besitz. Ausnahmen würden nur bezüglich mündelsicherer Anlagen, Kirchengelder und Wohltätigkeitsfonds gemacht. Die generelle Aufwertung erfolge auf 5%. Die Aufwertung werde theoretisch auch auf den neuen Besitz erstreckt, jedoch folge die Aufnahme des Zinsendienstes beim neuen Besitz erst, wenn sämtliche Reparationszahlungen geleistet worden sind. Für die Verzinsung des alten Besitzes werde eine jährliche Summe von 40 Millionen Mark im Budget zur Verfügung gestellt. Die Höhe des Zinssatzes richte sich also nach der Höhe des alten Besitzes und der obengenannten für die Zinsleistung zur Verfügung stehenden Summe. Für Sozialbedürftige würden 2% des gezeichneten Nominalbetrages als jährliche Rentenzahlung ausgeworfen. Hierfür seien gleichfalls 40 Millionen in Aussicht genommen.

Hieraus ergibt sich, daß die Reichsregierung den Betrag der Kriegsanleihen, der sich im Besitz von Sozialbedürftigen befindet, auf zwei Milliarden schätzt.

Neuregelung der Gewerbesteuer,

Im preußischen Finanzministerium ist der Entwurf einer zweiten Ergänzungsverordnung zur vorläufigen Neuregelung der Gewerbesteuer fertiggestellt und dem preußischen Landtag bereits zugegangen. Der ständige Ausschuß des Landtages, der während der Vertagung des Plenums tagt, wird sich am kommenden Donnerstag mit dem Entwurf beschäftigen, der sodann als Verordnung mit Gesetzeskraft vom Staatsministerium in Wirksamkeit gesetzt wird.

Arbeitsplan des Reichs- und Landtages.

Berlin, 24. März. Reichstag und Preußischer Landtag treten am kommenden Dienstag wieder zusammen, der Reichstag um 3 Uhr, der Landtag um 2 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung des Preußischen Landtages steht neben der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten die Grundvermögenssteuer und eine Anzahl von kleineren Vorlagen, sowie die Abstimmung zu den Beamtenfragen und zu der Vorlage über die Provinziallandtage und Kreistage. Auf der Tagesordnung der am gleichen Tage stattfindenden Reichstagssitzung steht an erster Stelle der Gesetzentwurf über die Aenderung in der Unfall-Versicherung, dann die Vorlage über die Not der stellungslosen Junglehrer, das Handelsabkommen mit Guatemala und die Schlußabstimmung über die Vorlage über die Sicherstellung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen.

Um die Luftreiheit.

Berlin, 24. März. In diesen Tagen begeben sich Vertreter der beteiligten Reichsressorts nach Paris zu Besprechungen mit der Botschafterkonferenz über die Frage der dem deutschen Luftfahrzeugbau durch das Londoner Ultimatum auferlegten Baubeschränkungen.

Tageschronik.

In Paris werden morgen die Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Metallindustriellen wieder aufgenommen werden.

*

Der belgische Ministerrat hat den Entwurf des deutsch-belgischen Wirtschaftsprovisoriums gut geheißen.

*

Entgegen anders lautenden Gerüchten unternimmt der bayerische Ministerpräsident Dr. Heldt keine Propagandareise für seine Reichspräsidentschaftskandidatur.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250325-16/fragment/page=0001

Die im eigenen Lager damals betriebene Versackungspolitik gibt auch Erkelenz mit den gleichen Worten, die Herr Falk zu seiner Verteidigung gebraucht, zu.

Die patriotische Haltung, die Jarres einnahm und die auch Herr Erkelenz anerkennt, bestand darin, daß Jarres unter keinen Umständen dem Zwang zur Abtrennung des Rheinlandes schließlich einmal unvermeidlich gewesen wäre, ihre Gesinnungsgenossen gibt Erkelenz selbst zu, daß sie bereit waren, dem Zwange nachzugeben, wenn die Abtrennung des Rheinlandes schließlich einmal unvermeidlich gewesen wäre. Die Begriffe über die Unvermeidlichkeit können selbstverständlich sehr weit auseinandergehen.

Es erübrigt jetzt, nur noch mit wenigen Worten auf die Rolle eines Mannes einzugehen, der in der vordersten Front der Versackungspolitiker stand, aber als solcher merkwürdigerweise der Oeffentlichkeit nicht genügend bekannt geworden ist. Dieser Mann ist der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident von Preußen, Herr Otto Braun. Er gehörte zu denen, die die Einstellung der Unterstützungszahlungen an die Rhein- und Ruhrkämpfer gemeinsam mit dem früheren sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding und vor allem mit dem Zentrumsminister Dr. Brauns verlangten, weil sie glaubten, das Reich könne diese Zahlungen nicht mehr leisten, ohne daran zugrunde zu gehen. Ueber die Rolle des Herrn Braun schreibt der „Deutsche Zeitungsdienst“:

„Als preußischer Ministerpräsident war Herr Braun der Ansicht, die Loslösung des Rheinlandes sei dem Zusammenbruch Preußens vorzuziehen, und deshalb werde man sich mit ihr abfinden müssen, wenn Preußen nicht anders zu retten sei. Diese Ansicht hat Herr Otto Braun damals mit einer Deutlichkeit und Entschiedenheit vertreten, die gar nicht zu überbieten sind. Sie liegt ganz auf der Linie der Desperadopolitik, zu der damals die Herren Adenauer und Falk entschlossen waren. Es wird auch erzählt — vielleicht wissen die Sozialdemokraten darüber Näheres —, daß Braun seinem Kölner Genossen Meerfeld erklärt habe, Preußen werde sich für einen eventuellen Gebietsverlust am Rhein zu Sachsen und Thüringen schadlos halten können.“

Herr Braun hat es bis jetzt vorgezogen, noch nicht zu antworten. Keine Antwort ist aber auch eine Antwort. Jedenfalls kann jetzt schon gesagt werden, daß die Pfeile, die von den Barmatparteien gegen Dr. Jarres geschleudert wurden, auf die Schützen zurückgeprallt sind und diese empfindlich getroffen haben. Daran ändern auch die geschilderten kläglichen Abschüttelungsversuche der Adenauer und Falk nichts.

Ein Wahlappell der Vaterländischen Verbände.

Berlin, 24. März. Die Vaterländischen Verbände Deutschlands bringen einen Aufruf, in dem sie erklären, daß der außerordentliche Erfolg Dr. Jarres bei seinen Besuchen im Osten, Norden und Süden die Zuversicht berechtigt erscheinen lasse, daß es gelingen werde, seine Kandidatur schon beim ersten Wahlgange durchzubringen. Die Verbände richten deshalb an alle ihre Angehörigen nochmals die eindringliche Mahnung, am Sonntag unter keinen Umständen von der Wahlurne fernzubleiben, sondern für sich selbst und auch im Kreise von Freunden und Bekannten alles daran zu setzen, daß Dr. Jarres schon beim ersten Wahlgang gewählt wird.

Dr. Jarres bei Dr. Held.

Dr. Jarres hat gestern nachmittag dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held einen Besuch abgestattet.

*

Rühmliches der „grande nation“.

Ausschreitungen der Besatzungstruppen.

Berlin, 24. März. Dem Reichstage ist eine dritte Denkschrift über die Ausschreitungen der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet zugegangen, die im Jahre 1925 abgeschlossen wurde. Im allgemeinen sind nur die wichtigeren Fälle aufgenommen worden; die tatsächlich vorgekommene Zahl der Ausschreitungen ist erheblich größer.

Im Ruhrgebiet sind, soweit bekannt, in der Zeit vom 11. Januar 1923 bis zum 1. August 1924 durch Maßnahmen der Besatzungstruppen insgesamt 740 Personen körperlich verletzt worden, davon 137 tödlich und zwar dreißig durch Schußverletzungen auf Grund eines Willküraktes, sechzig durch Schüsse von Wachtposten oder Patrouillen, neununddreißig durch Kraftwagen, Fuhrwerke oder andere Unfälle, und acht durch Mißhandlungen. Unter den 137 Getöteten waren eine große Anzahl von Familienvätern und Ernährer von Familienangehörigen.

Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß ein erheblicher Teil der Fälle überhaupt nicht zur Kenntnis der Behörden gelangte, weil die Verletzten aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen der Besatzungstruppen oder aus Scham keine Anzeige erstatteten.

*

Chamberlains außenpolitische Rede im Unterhause.

London, 24. März. Chamberlain gab heute im Unterhause eine lang erwartete Erklärung über die Außenpolitik ab. Die Debatte eröffnete der Abgeordnete der Arbeiterpartei Henderson mit der Frage, wie es sich jetzt mit dem Genfer Protokoll verhalte. Im Namen der Regierung sprach Staatssekretär Chamberlain. Er führte aus, daß Henderson ausdrücklich hervorgehoben habe, daß er als der Mann spreche, der Großbritannien auf der letzten Vollversammlung des Völkerbundes vertreten habe, und als der Mann, der zu den Verfassern des Protokolls gehöre, aber nicht als Mitglied der Labour-Regierung, die zur Zeit der Genfer Vollversammlung die Verantwortlichkeit für die Regierungsgeschäfte in England hatte. Henderson scheine zu glauben, daß die gegenwärtige englische Regierung das Protokoll nicht eingehend genug geprüft hätte; man müsse sich aber fragen, ob Henderson, als er sich im September nach Genf begeben hatte, eine Abschrift des Dokumentes in seine Tasche gesteckt habe, das der frühere Staatssekretär im Foreign Office, Macdonald, am 5. Juli an das Sekretariat des Völkerbundes gerichtet hatte. Dieses Dokument bezog sich auf den gegenseitigen Schutzvertrag. Man müsse sich fragen, ob Henderson an die Note Macdonalds gedacht habe, als er sich an der Abfassung des Protokolls beteiligte. In dieser Note vom 5. Juli hatte Macdonald im Namen der englischen Regierung dem Sekretariat des Völkerbundes mitgeteilt, daß nach der Anschauung der englischen Admiralität der vorgeschlagene Schutzvertrag eine Vermehrung der englischen Seestreitkräfte zur Folge hätte. Man müsse fragen, ob die Labour-Partei sich bei den englischen Marinesachverständigen erkundigte, ob nicht auch das Genfer Protokoll eine solche Vermehrung der Seestreitkräfte zur Folge hätte, und man müsse weiter fragen, ob die Marinesachverständigen der Labour-Partei die Zusicherung gegeben hätten, daß die Annahme des Protokolls diese Vermehrung der Marine nicht zur Folge hätte.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede machte Chamberlain sich über die Eilfertigkeit lustig, mit der das Genfer Protokoll zustandegekommen war. Am 9. Juli 1924 sei Macdonald nach Paris gekommen, und dabei seien die Vorschläge des Dawes-Komitees vor dem Schiffbruch gerettet worden. Aber er und Herriot beschlossen damals, zusammen nach Genf zu gehen, um eine Erörterung über das große Problem der Sicherheit zu führen. „Sie kamen, sahen und siegten.“ Nichts konnte besser gehen als bis der Augenblick eintrat, wo die Vollversammlung in Genf erkennen mußte, daß all die schönen Reden, die von Herriot und Macdonald gehalten worden waren, darüber nicht hinwegtäuschen konnten, daß die Ansichten der beiden Ministerpräsidenten vollkommen unvereinbar miteinander waren. Man arbeitete eine Formel aus, und man muß wohl annehmen, daß in diesem Augenblick die beiden Ministerpräsidenten wirklich glaubten, daß sie ein Einvernehmen treffen könnten. Aber als sie abgereist waren, erkannte man sofort, daß ihre Anschauungen soweit voneinander entfernt waren wie die beiden Erdpole. Alsdie beiden aus Genf abgereist waren, wurde innerhalb 6 Wochen ein gesetzgeberisches Werk ausgearbeitet, das an Ausdehnung und an Bedeutung mit keinem Gesetzesvorschlag vergleichbar ist, der jemals dem englischen Unterhause zur Beratung vorgelegt worden ist. Aber dieses ungeheure Werk wurde in kürzerer Zeit zu Ende geführt, als das englische Kabinett und das englische Unterhaus brauchen, um ein einfaches Gesetz zu erörtern. Unter diesen Umständen war es begreiflich, daß es dem englischen Kabinett unmöglich war, das Protokoll zur Ratifizierung zu empfehlen. In der gleichen Lage befinden sich die Regierungen der Dominions und Indiens. Die Regierungen sind der Ueberzeugung, daß das Protokoll nicht zur Sicherung und zur Abrüstung führen könnte. Sie haben aber das Verlangen, nach ihren Kräften zur Lösung dieser Frage beizutragen. Zunächst möchte ich dem Hause unsere führenden Beweggründe darlegen. Als Mitgliedsstaat des Völkerbundes haben wir allen übrigen Mitgliedersstaaten gegenüber Verpflichtungen zu tragen. Wir sind an den Ostgrenzen Frankreichs und Belgiens interessiert und dieses Interesse ist von der größten und weittragendsten Bedeutung. Die deutsche Regierung habe einen aufrichtigen und ehrlichen Versuch unternommen, auch in dieser Frage zu einem besseren Stande der Dinge zu kommen, und es sei zu hoffen, daß England diese Bemühungen zu einem fruchtbaren Ergebnis dadurch führen könne, daß es in eine ernste Besprechung der deutschen Vorschläge eingetreten sei. Die Grundlinien der deutschen Anregung lassen sich etwa folgendermaßen verdeutlichen:

Deutschland ist interessiert am Abschluß eines Sonderpaktes, der die Grundlage für eine friedliche Verständigung mit Frankreich bilden soll. Zu diesem Zweck ist Deutschland bereit, mit den Mächten, die an der Rheingrenze interessiert sind, einen Gegenseitigkeitspakt abzuschließen. Aehnliche Schiedsgerichtsverträge können mit den übrigen Staaten abgeschlossen werden, die gemeinsame Grenzen mit Deutschland haben, sofern diese Staaten einen solchen Vertrag wünschen. Ferner würde ein Vertrag, der ausdrücklich den gegenwärtigen territorialen Stand am Rhein garantiert, Deutschland annehmbar erscheinen.

Ich denke, das Haus wird mit der Regierung darin übereinstimmen, daß es ein Zeichen des Fortschrittes bedeutet, wenn eine solche Anregung von deutscher Seite an uns gerichtet wird. Der Gedanke der Sicherheit sei nicht zugleich in der Politik der fremden Regierungen beherrschend gewesen, mit denen sie verhandelt hätten.

Lloyd George fragte Chamberlain, ob es richtig sei, daß Deutschland seine jetzigen Westgrenzen freiwillig anerkennen wolle, und ob es diese Sicherung bezüglich der Ostgrenzen gegeben habe, oder solle die letztere Frage schiedsgerichtlichen Verhandlungen unterworfen sein? — Chamberlain antwortete, Deutschland sei bereit, alle Wünsche nach gewaltsamer Aenderung der Grenzen aufzugeben. Bezüglich der Ostgrenzen hege Deutschland die Hoffnung, auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen oder durch Vermittlung des Völkerbundes an gewissen Punkten eine Grenzänderung herbeizuführen. — Chamberlain schloß:

Wenn es uns nicht gelingt, aus der Atmosphäre von Argwohn und Furcht herauszukommen, so wird Europa schließlich einem neuen Krieg preisgegeben werden. England hat infolge des Zauderns und der Unbeständigkeit seiner Politik etwas von seinem Einfluß verloren, aber die deutschen Vorschläge bieten dem britischen Reich eine neue Chance, denn dies Reich, das durch seine Dominions von Europa getrennt und doch durch diese Inseln an Europa gekettet ist, kann etwas tun, was keine andere Nation der Welt tun kann. Wenn das britische Reich sagt: Es soll kein Krieg sein! so wird es keinen Krieg geben.

Die englische Presse zur Rede Chamberlains.

London, 25. März. Die gestrige Unterhausrede Chamberlains findet in der gesamten englischen Presse lebhaften Widerhall. So schreibt der „Daily Telegraph“ an leitender Stelle, daß der bedeutendste Teil der Rede in der unerwartet ausführlichen Darstellung des deutschen Angebots bestanden habe. Das gegenwärtig vorliegende Angebot sei eigentlich kein Angebot, sondern vielmehr als Diskussions- und Verhandlungsbasis unterbreitet worden. Die Vorschläge seien von einer Bedeutung, wie sie die Oeffentlichkeit in England nicht erwartet hätte. Es sei das erstemal, daß von Berlin aus eine solche Sprache geführt worden sei. Die Mitteilungen, die Chamberlain kürzlich vom britischen Kabinett Herriot überbracht habe, hätten darin bestanden, daß den deutschen Vorschlägen eine höhere Bedeutung beigelegt werden müsse, als irgend einem anderen Plane oder einem einzelnen Paktvorschlag. Es sei kein Zweifel darüber, daß die britische Oeffentlichkeit dem moralischen Mut der deutschen Regierung ihren Beifall zolle, indem sie freiwillig das anbiete, was sie bisher nur zwangsweise und unter dem Druck der Notwendigkeit getan habe. Es sei zu hoffen, daß Deutschland bei allen anderen Mächten auf ein ähnliches Verständnis stoßen möge, wie das, das es bei der britischen Regierung angetroffen habe. „Westminster Gazette“ schreibt, daß man in diplomatischen Kreisen Londons der Erkenntnis Chamberlains, daß das deutsche Angebot eines Sicherheitspaktes einen ernstlichen und ehrlichen Versuch zur Besserung der europäischen Verhältnisse darstelle, die größte Bedeutung beilege. Die „Times“ ist der Ansicht, daß es wahrscheinlich besser sein würde, wenn gegenwärtig alle Diskussion über die östlichen Probleme Deutschlands beiseite gelassen würden und die Aufmerksamkeit auf die Erzielung einer annehmbaren und dauernden Lösung am Rhein konzentriert würde. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt in einem Rückblick über die Geschichte der deutschen Vorschläge, daß alle ausländischen Staatsmänner und Diplomaten nicht nur die außergewöhnliche Geschicklichkeit und Organisationsbegabung, sondern auch die seltene Kombination von Mut und Schwung des gegenwärtigen Reichskanzlers betont hätten. Das britische Kabinett habe sich sowohl gegen ein Protokoll als auch gegen einen begrenzten Pakt zwischen Großbritannien, Frankreich und Belgien gewandt. Das Prinzip eines gegenseitigen Paktes zwischen den westlichen Mächten und Deutschland, wie es im deutschen Memorandum vorgesehen sei, bleibe der einzig mögliche Ausweg für die britische Sicherheit.

Pariser Echo zur Chamberlain-Rede.

Paris, 25. März. Die Tatsache, daß sich Chamberlain in seiner gestrigen Rede ausführlich über seinen Standpunkt zu den Sicherheitsvorschlägen ausgesprochen hat, wird ihm von einem Teil der Pariser Presse schwer verübelt, da bestimmt damit gerechnet wurde, daß Chamberlain sich in Rücksicht auf die schwebenden englisch-französischen Besprechungen Zurückhaltung auferlegen würde. Die Blätter zeihen Chamberlain offen der Indiskretion. Der „Gaulois“ geht sogar soweit, dem englischen Außenminister Taktlosigkeit und Unkenntnis diplomatischer Gebräuche vorzuwerfen.

Verständigung in der Sicherheitsfrage wahrscheinlich.

Paris, 25. März. Die Morgenpresse schreibt, daß eine Antwort auf die deutschen Sicherheitsvorschläge nach vorhergegangener Verständigung zwischen den Alliierten erfolge. Der „Matin“ stellt fest, daß die Verständigung zwischen den Alliierten jetzt als wahrscheinlich anzusehen sei.

*

Skrzynski zur Lage.

Berlin, 25. März. Die „Zeit“ meldet aus Warschau: Der polnische Außenminister Graf Skrzynski erörterte gestern in längerer Rede vor dem auswärtigen Ausschuß des polnischen Landtages die internationale Lage. Er betonte: Polen könne unter keinen Umständen in Diskussionen über die Revision seiner Landesgrenzen treten. Er habe sich in seiner Unterredung mit Ministerpräsident Herriot über das tiefe Verständnis für die Gemeinsamkeit der französischen und polnischen Interessen überzeugen können. Auch habe Chamberlain gesagt, daß die englische Regierung keinerlei Revisionspläne aufkommen lassen werde. (?)

Aus Stadt und Umgebung

Kinderspiele im Freien.

Auch das schönste Kinderspielzeug ersetzt den Kindern das Umhertummeln im Freien nicht. Daher blicken die Kinder in der winterlichen Jahreszeit auch oft ins Freie, um nach der Sonne Ausschau zu halten. Gleich in den ersten Tagen, wenn wieder laue Winde wehen und die Sonne von neuem emporsteigt, sind dann auch die Kleinen nicht mehr zu halten. Dann stürmen sie hinaus ins Freie, in den Städten in Ecken, Winkel, auf die Höfe, auf die Straßen oder in die Vorkanlagen, draußen auf den Dörfern in die Gärten, auf Wiesen, in die Wälder, auf die Berge, in Talmulden, auf den Dorfanger oder an Feldraine. Endlich von dem niederdrückenden Zwang der Stuben erlöst, beginnen nun überall jene Kinderspiele, die schon seit Jahrhunderten und Jahrtausenden bekannt sind. Eines der bekanntesten Kinderspiele im Freien ist das Kugelspiel. Eine sehr weite Ausbreitung haben auch die Kinderreigen. Bei den Jungen und oft auch bei den Mädchen werden die Stelzen wieder hervorgesucht; es beginnen Hupfspiele, wobei sich die Kinder gegenseitig anrufen und Antworten geben. Ball und Reifen kommen auf den Straßen und Plätzen zum Vorschein, es wird Fangen und Verstecken gespielt.

Manche Jungen ziehen mit Armbrüsten und mit Pfeil und Bogen hinaus ins Freie, oder hinter der Scheune werden Scheiben angemacht, nach denen geschossen wird. Das sind nur einige von den vielen Kinderspielen, die in den Vorsühlings- und Frühlingstagen immer wieder von neuem getrieben werden. Dabei kommt wieder Leben und Bewegung in die Kinder, die Gesichter erhalten bald eine frischere Farbe und die Augen glänzen heller. Namentlich in den ersten Wochen nach dem Winter werfen sich die Kinder mit großem Eifer auf diese Spiele.

*

Die Lohnerhöhungen bei der Eisenbahn und die Personentarife.

Die Reichsbahn teilt mit:

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft sieht sich genötigt, die ihr erwachsenden Mehrausgaben an Löhnen teils durch geringfügige Einschränkungen bisher im Personenverkehr gewährter Vergünstigungen, teils durch Erhöhungen in gewissen, zur Zeit besonders begünstigten Verkehrszweigen zu decken.

Aus sozialen Gründen werden nicht die Fahrpreisvergünstigungen beseitigt, die den Kriegsbeschädigten und solchen hilfsbedürftigen Kindern gewährt werden, die der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ oder die ihm angeschlossenen Wohlfahrtsorganisationen zur Erholung auf dem Lande oder im Auslande unterbringen. Ebenso wird nicht die Fahrpreisermäßigung für Jugendfahrten aufgehoben. Sie wird indes mit einer neu zu schaffenden Fahrpreisermäßigung in Höhe von 25. v. H. für Gesellschaftsfahrten von wenigstens 30 Personen verbunden, dabei aber insofern gegenüber der jetzigen Vergünstigung geändert werden, als künftig für Jugendfahrten bei einer Teilnehmerzahl von wenigstens 10 Personen 33⅓ v. H. (anstatt bisher 50 v. H.) gewährt werden. Um ausreichende Deckung für die Mehrausgaben zu finden, ist es jedoch unvermeidlich, außerdem noch die Preise für solche Fahrten zu erhöhen, die bisher besonders stark begünstigt waren, nämlich die Fahrten auf Zeitkarten.

Doch ist auch hier zur Schonung der Wirtschaft von vornherein abgesehen worden, in die Erhöhung auch die den Verkehr der Arbeiter zwischen Wohn- und Arbeitsort dienenden Wochenkarten einzubeziehen. Dagegen werden die Preise der Monatskarten im Fernverkehr für die Folge nach 25 Einzelfahrten, staffelweise fallend auf 18, im Stadt- und Vorortverkehr Berlins und Hamburgs nach 44 Einzelfahrten, auf weitere Entfernungen ebenfalls stark fallend, berechnet werden.

Die Preise der Schülermonatskarten entsprechen wie bisher dem halben Preise für Monatskarten. Die jetzigen Wochenkarten 4. Klasse werden, um den Arbeitern die Sonderbegünstigung zu erhalten, in Arbeiterwochenkarten und solche Wochenkarten zerlegt werden, die jedermann zugänglich sind (Teilmonatskarten). Während die Preise der Arbeiterwochenkarten, die den mit mechanischen und Handarbeit beschäftigten Arbeitern zugänglich sind, sowie die der Kurzarbeiterwochenkarten nicht erhöht werden, sollen die Teilmonatskarten nach 7, im Stadt- und Vorortverkehr nach etwa 11 Einzelfahrten, staffelförmig nach den Monatskarten fallend, berechnet werden. Den Arbeiterrückfahrkarten wird, wie früher, der Preis einer einfachen Fahrkarte 4. Klasse zugrunde gelegt, so daß die Ermäßigung 50 v. H. beträgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250325-16/fragment/page=0002

Im übrigen hat sich die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft entschlossen, bei dieser Gelegenheit außer der erwähnten neuen Vergünstigung für Gesellschaftsfahrten von wenigstens 30 Personen auch eine Erleichterung der Bedingungen für die Gestellung von Gesellschaftssonderzügen für größere Gesellschaften zu ermäßigten Preisen eintreten zu lassen, indem die Mindestzahlen der zu lösenden Fahrkarten wesentlich herabgesetzt werden. Ferner soll den Studierenden, die an Fahrten zu wissenschaftlichen Zwecken teilnehmen, künftig in gewissen Fällen die Schnellzugbenutzung zugestanden werden, die bisher ausgeschlossen war.

*

Schiedsspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Gestern fanden vor dem hallischen Schlichtungsausschuß für die Metallindustrie der Tarifgebiete Halle, Magdeburg und Anhalt Verhandlungen über die Arbeitszeit und Lohnregelung statt. Durch Schiedsspruch wurde das alte Arbeitsabkommen bis zum 30. September 1925 verlängert, falls bis dahin aber eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit erfolgt, soll die Kündigung mit vierzehntägiger Frist zulässig sein. Hinsichtlich der Lohnfrage wurde für alle über 18 Jahre alten Arbeiter eine Lohnerhöhung von 3 Pfennig für alle Tarifgebiete festgesetzt, so daß für den Facharbeiter über 23 Jahre ein Mindestlohn von 61 Pfennig pro Stunde herauskommt. Der Schiedsspruch wurde nur mit den Stimmen der Arbeitgeber gefaßt.

*

Der Musik- u. Gesangverein „Irene" veranstaltete gestern in den Räumen des „Tivoli" sein diesjähriges Frühlingsfest. Der Verein bot seinen Gästen viel Gutes und Wertvolles auf musikalischem Gebiete. Mit einer Ouvertüre von Mozart wurde der Abend eröffnet. Männerchöre und Lieder für Sopran wechselten ab. In der Solistin, Frau Lola Perthel, lernten wir eine Sängerin von außerordentlicher Begabung und glänzender Durchbildung der Stimme kennen. Auch die Männerchöre konnten befriedigen und zeugten von unermüdlicher Arbeit des Dirigenten. Eine besondere Aufgabe hatte sich der Verein noch gestellt — „Mirjams Siegesgesang" von Franz Schubert und ein Liederspiel „Heimkehr aus der Fremde" von Felix Mendelsohn-Bartholdy kamen zur Aufführung. In „Mirjams Siegesgesang" hatte Frau Perthel die Solostimme übernommen, sie bewährte sich auch hier gut. Vorzüglich überwand der gemischte Chor die zahlreichen technischen Schwierigkeiten. Das Liederspiel befriedigte voll und ganz. Vor allem ist Frl. Kraupes Gesang hervorzuheben. War sie auch noch nicht in allen Stimmlagen ganz sicher, so zeigte sie doch eine äußerst talentierte Stimme. Schauspielerisch am besten war zweifellos Herr Eckardt als Kauz, doch störte an seiner Gesamtleistung verschiedentlich die allzu starke Betonung der Komik seiner Rolle. Auch Frl. Barber und Herr H. Busch sind zu erwähnen. Doch verdienen alle Schauspieler ein Gesamtlob. Nach den Darbietungen hielt ein Ball die Teilnehmer noch einige Zeit fröhlich beisammen. Jeder Musikfreund muß dem Musikverein „Irene" dankbar sein, daß hier so viel Wertvolles aus den Schätzen der Musik geboten wird. Es war sicher ein Gewinn für jeden Besucher der gestrigen Veranstaltung. Vielleicht könnte künftighin das Programm etwas kürzer gestaltet werden, denn es dürfte sonst vielfach ermüden. Wir hoffen, daß der Verein sich weiter entwickeln möge und uns noch recht viel Gutes bieten kann.

Gardeappell aller ehem. Gardisten des Gardekorps in Erfurt. Am 20., 21. (Himmelfahrtstag) und 22. Mai d. J. findet eine allgemeine Zusammenkunft ehem. Gardisten des Reiches in Erfurt statt. Es ergeht an alle ehem. Gardisten die herzliche Bitte, sich zahlreich an dieser Zusammenkunft zu beteiligen. Die Leitung liegt in den Händen der Gardevereinigung Mitteldeutschlands. Die bereits zahlreich eingehenden Anmeldungen aus allen Provinzen des Reiches lassen erwarten, daß sich an diesen Tagen eine große Anzahl alter Gardisten in Erfurt einfinden wird. Deshalb muß für jeden alten Gardemann für diese Tage die Parole heißen: „Auf nach Erfurt". Es sei noch bemerkt, daß die Veranstaltung keinen politischen Charakter trägt, sondern lediglich eine Zusammenkunft alter Gardekameraden sein soll.

Bismarckfeier. Durch Anzeige in heutiger Nummer ladet das „Nationalpolitische Kolleg" zu einer Bismarckfeier ein, die Mittwoch, den 1. April, abends 7½ Uhr im großen Saale des „Tivoli" stattfindet. Die Festrede hält Oberstleutnant Duesterberg-Halle. Als Festspiel wird geboten „Die Wacht am Rhein". Rede und Spiel werden umrahmt von flotten Märschen und gemeinschaftlichen Gesängen. Wir erfahren weiterhin, daß am Vorabend von Bismarcks Geburtstag seitens der Vaterländischen Verbände, Sport- und Militärvereine ein Fackelzug durch unsere Hauptstraßen stattfinden wird.

Der Deutsch-Evangel. Frauenbund hält am Freitag seine Generalversammlung ab: nach einem kurzen Geschäftsbericht wird Frl. Helms-Magdeburg sprechen über das Thema: Friedrich der Große, der Held seines Volkes. (Näheres siehe Anzeige.)

Das Fleischbeschaugamt ist geöffnet vom 1. April d. J. ab werktags von 7½—8 Uhr vormittags, von 12½—12¾ Uhr und von 3—3½ Uhr nachmittags. Sonnabend nachmittag und an gesetzmäßigen Sonn- und Feiertagen bleibt das Fleischbeschaugamt geschlossen.

Warnung vor der Großstadt. Zum bevorstehenden Quartalswechsel warnt die Gesellschaft zur Fürsorge für ausziehende männliche Jugend Berlin, C. 54, Sophienstr. 19, die Jugend, die Heimat leichtfertig zu verlassen und in die Großstadt zu ziehen. Dort sind die Arbeits- und Berufsmöglichkeiten gerade jetzt sehr gering. Die Obdachlosenasyle und Wohlfahrtsstellen in den großen Städten sind mit Bittstellern und Arbeitslosen überfüllt, denen vielfach weder Arbeit noch Unterkunft gewährt werden kann. Für junge Leute, die feste Stellung bereits gefunden haben oder sich für ihre Berufsausbildung in die Großstadt begeben müssen, versendet die Gesellschaft ihren „Ratgeber" und für alle Volksfreunde, welche sich für die Jugendwohlfahrt interessieren, ihren Jahresbericht gegen Einsendung des Portos.

Stadtkirche. Bei den gestern veröffentlichten Namen der Konfirmanden muß es heißen: Else Ludwig, Willi Selonke, (nicht Selmke), Hertha Kruschwitz (nicht Kauschwitz), Elsa Kunth (nicht Kunsch).

Brockensammlung Karlstraße 4. Verkauf: Mittwoch, vormittag von 10—12 Uhr, Sonnabend nachmittag von 3 bis 5 Uhr.

Wetterbericht für das mittlere Norddeutschland. Meist nebelig oder wolkig bei wenig geänderter Temperatur, später auch etwas Regen.

*

Vom Theaterverein Merseburg.

Heute Mittwoch, abends 8 Uhr im „Herzog-Christian" literarischer Abend. Zur Vorlesung bezw. zur Besprechung kommt Grillparzer und sein Werk „Des Meeres und der Liebe Wellen". Eintritt frei.

Auf vielseitigen Wunsch hat sich die Direktion der Dr. Erich Fischers Musikalischen Komödien bereit erklärt, am 2. Abend „Den Roman in der Waschküche", Burleske, Musik von Karl Ditters v. Dittersdorf, in der gleichen Besetzung wie s. Zt., nochmals zu geben. Es versäume niemand sich am 30. oder 31. 3. 1925 einen genußreichen Abend zu verschaffen. Wir bitten die Aushänge in den verschiedenen Geschäftsfenstern beachten zu wollen. Kartenvorverkauf in der Geschäftsstelle des Merseburger Tageblatts, Gotthardstr.

*

Letzte Depeschen

Verhandlungen zwischen London—Paris—Brüssel—Berlin.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 25. März. Die „B.Z." meldet aus Brüssel: Ueber die Sicherheitsfrage und den Abschluß eines Westpaktes unter Einschluß Deutschlands findet in diesem Augenblick, so schreibt „Etoile Belge" Besprechungen zwischen Paris, London, Brüssel und Berlin statt. Man sei noch in der vorbereitenden Phase; aber, so sagt das Blatt, das heute Beziehungen zum Ministerium des Aeußeren unterhält, wir glauben uns nicht zu täuschen, schon jetzt sagen zu können,: daß Frankreich, England und Belgien meinen, daß das Deutsche Reich in die Unterzeichnung des Westpaktes einbezogen werden soll unter der Bedingung seines Beitritts zum Völkerbunde.

Das Unterhaus zu Chamberlains Deutschland-Politik.

(Eigene Radiomeldung.)

London, 25. März. Im Anschluß an die Rede Chamberlains ergriffen noch die Oppositionsführer Lloyd George für die Liberalen und Mac Donald für die Arbeiterpartei das Wort. Beide versprachen Chamberlain ihre Unterstützung, wobei Lloyd George es besonders lebhaft begrüßte, daß die englische Regierung sich für die deutschen Vorschläge eingesetzt habe. Die beiden gefährlichsten Herde zukünftiger Konflikte lägen in der Ostsee und am Bosporus. **Polen sei die hauptsächlichste Gefahr des europäischen Friedens**, da von seinen 18 Millionen Einwohner nicht weniger als 9 Millionen nur durch Waffengewalt im polnischen Staatsgebiet festgehalten würden. Die Entscheidung über Oberschlesien habe dieses Mißtrauen in Deutschland erregt, das nur durch die Schaffung einer wirklich unparteiischen Instanz zerstreut werden könne.

Berliner Börse vom 25. März.

(Eigene Radiomeldung.)

*

Die Richtung, in der sich die Börse seit einiger Zeit bewegt, erfuhr auch heute keine Veränderungen. Die Geschäftstätigkeit war äußerst gering, da sich die Beteiligung des Publikums durchaus nicht heben und die Spekulation vor dem Ultimo keine neuen Engagements eingehen will. Ein stärkerer Kursdruck wird in der Hauptsache nur dadurch vermieden, daß die Geldlage anhaltend flüssig war. Tägliches Geld unverändert 7—9 Proz., Monatsgeld 10—12 Proz., Privatdiskonten 8 Proz. In dem an sich lustlosen Beginn der Börse wurde noch ein weiteres verstimmendes Moment dadurch hineingetragen, daß am Anleihemarkt starke Kurssenkungen eintraten. Kriegsanleihe eröffnete zum Schlußkurs der Frankfurter Börse mit 660 und wurde bald darauf mit 650 genannt. 23er K.-Schätze lagen stark gedrückt mit 1,60, während 3½ % Preuß. Konsols mit 0,9—0,9½ gehandelt wurden. Das Zutrauen der Spekulation in diese Papiere scheint dadurch einen erheblichen Ruck bekommen zu haben, daß man jetzt tatsächlich behauptet, daß an der Trennung zwischen altem und spekulativem Besitz doch festgehalten wird, sofern eine Regelung der Aufwertungsfrage erfolgt. Eine einseitige Tendenz prägte sich bei der Geschäftsstille anfangs kaum aus, doch war eher eine Neigung zur Schwäche festzustellen. Im internationalen Devisenverkehr zeigten sich fast durchweg erhöhte Kurse.

Die amtlichen Produktenpreise vom 25. März.

Berlin, den 25. März. (Drahtlos). Amtlich wurden heute notiert (Getreide- und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg in Goldmark):

Weizen märk. 246—249, Roggen märk. 230—234, Sommergerste märk. 225—246, Futtergerste 205—224, Hafer märk. 183—190, Hafer pom. —, Weizenmehl 32,75—35,50, Roggenmehl 31,25 bis 33,50, Weizenkleie 14,00, Roggenkleie 14,40—14,50, Raps 390 bis 395, Leinsaat 390,—400, Viktoriaerbsen 22,00—29,00, kleine Speiseerbsen 18—20, Futtererbsen 18—19, Peluschken 18—19, Ackerbohnen 19—20,00 Wicken 18,50—20, Lupinen bl. 11,—12,00, Lupinen gelbe 13,50—15,70, Seradella alte —, neue 13,00—15,00, Rapskuchen 15,30—15,60, Leinkuchen 21,20—21,70, Trockenschnitzel 9,90—10,10, Zuckerschnitzel —, Torfmelasse 9,10, Kartoffelflocken 18,60 bis 19,10, Kartoffeln weiße —, rote —, blaue —, gelbfleischige —.

Alles in Billionen Mark.

*

Devisen-Kurse.

Berlin, 25. März. (Drahtlos.) Amtlich wurden notiert:

Newyork (1 Dollar) 4,195—4,205.
Amsterdam (100 Fl.) 167,27—167,59.
Brüssel (100 Frk.) 21,385—21,445.
Paris (100 Frk.) 21,97—22,03.
London (1 Lstr.) 20,075—20,125.
Schweiz (100 Frk.) 80,89—81,00
Stockholm (100 Kr.) 113,05—113,33.
Kopenhagen (100 Kr.) 76,42—76,62.
Rom (100 Lire) 17,08—17,12.
Prag (100 Kr.) 12,41—12,48.
Wien (100000 Kr.) 5,913—5,927.
Athen 6,76—6,78.

Filmschau.

Im Lichtspielpalast „Sonne" läuft das 7aktige Urwald-Abenteuer „Die Bestie von San Silos". Diese Bestie ist ein Gorilla — so denkt man vier lange Akte lang, bis sich herausstellt, daß sich unter dieser Maske ein Einsiedler verbirgt, der den Farmern ihre Töchter raubt, um sie einem öffentlichen Haus in Florida auszuliefern. Aber nicht etwa, um Geld dabei zu verdienen, sondern um sich zu rächen, weil vor Jahren ein gewissenloser Bursche seine Frau vergewaltigt hat, die die Schande nicht ertragen konnte und mit ihrem Kind aus dem Hause floh. Eines Tages ereilt ihn aber doch das rächende Schicksal. Er erfährt bei der Gerichtsverhandlung, daß er sein eigenes Kind, das einst die sterbende Mutter bei fremden Leuten untergebracht hat, geraubt und der Schande zugeführt hat. Aus Schmerz hierüber sinkt die „Bestie von San Silos" tot zu Boden. Die Vorgänge spielen sich im afrikanischen Urwald ab, in dem es von Schlangen, Nilpferden, Krokodilen u. a. wilden Tieren wimmelt. Auch ein richtiger Gorilla liefert dem Hauptdarsteller Marcco (Joe Stöckel) einen Kampf auf Leben und Tod. Marcco macht die tollsten Sachen. Auch die anderen Darsteller Lotte Lorring, Jack Mylong-Münz u. a. geben gute Leistungen. Die Photographie hat gut gelungene Meeresaufnahmen und packende Bilder aus dem Urwald geschaffen. — Zwei tolle „Er"-Lustspiele sorgen für Heiterkeit. — Ab Freitag läuft die große Offiziertragödie aus der Zeit vor dem Kriege „Aschermittwoch". Dieselbe wird ebenso wie „Rosenmontag" den uneingeschränkten Beifall des Merseburger Publikums finden.

Union-Theater. Im gestrigen Programm ging dem großen 7aktigen Lustspiel „Der Held der Lüfte" im Vorspiel „Die Rache des Mediums" voraus, das von Mitgliedern des C.-T. in Halle am Riebeckplatz dargestellt wurde und eine Mahnung an Unberufene sein soll, mit hypnotischen Experimenten zu spielen. Große Heiterkeit löste das Lustspiel „Der Held der Lüfte" aus, bei dem die geradezu übermäßig waghalsigen Sturzflüge durch die Komik des ganzen Films nicht jene atembeklemmende Spannung auslösten, wie man sie bei den rasenden Verfolgungsaufnahmen der üblichen Sensationsfilme gewöhnt ist. Herzlich wurde gelacht bei den kritisch-komischen Situationen. Man kann sagen, der Film ist den Freunden leichten Humors zu empfehlen.

Tageskalender.

Mittwoch, 25. März. Deutscher Seeverein. Lichtbildervortrag, abends 7½ Uhr. Casino.

Freitag, 27. März. Evangel. Frauenverein. Generalversammlung, nachmittags 5 Uhr. Karlstraße 4.

Sonnabend, 28. März. „Scharnhorst"-Bund. Vortrag: Werdegang des Eisens; abens 8 Uhr. Tivoli.

Montag, 30. März. Höhere Privatschule Merseburg, 9 Uhr vormittags, Aufnahmeprüfung für Sexta und Quinta. Seminargebäude.

Mittwoch, 1. April. Nationalpolitisches Kolleg. Bismarckfeier. Festrede: Oberstltn. Duesterberg; abends 7½ Uhr. Tivoli.

Oeffentliche Versammlungen des Wahlverbandes Farres.

Donnerstag, 26. März. Spergau. Schulrat Roß, abends 8 Uhr, Gasthof Winkler. Frankleben. Studienrat Frank, abends 8 Uhr, Gemeindegasthof. Schkopau. Voigtländer-Halle, abends 8 Uhr, Gasthof „Zum Raben".

Freitag, 27. März. Großgräfendorf. Gutsbesitzer Boes, abends 8 Uhr, Gasthof Dietrich. — Schulrat Roß, abends 8 Uhr, Bergschenke.

Sonnabend, 28. März. Landtagsabgeordneter Jahnke, abends 8 Uhr. Casino-Merseburg.

*

Stadttheater Halle.

Mittwoch, 7.30 Uhr: Hans Heiling. Romantische Oper in einem Vorspiel und drei Akten von H. Marschner.

Donnerstag, 7.30 Uhr, Orpheus in der Unterwelt. Burleske Oper in vier Bildern von Jacques Offenbach.

Freitag, 7.30 Uhr: Rigoletto. Oper in drei Aufzügen von G. Verdi.

Sonnabend, 7.30 Uhr: Und Pippa tanzt. Glashüttenmärchen in vier Aufzügen von Gerhart Hauptmann.

Sonntag, 3 Uhr: Am Teetisch. Lustspiel in drei Aufzügen von Karl Sloboda. — 7.30 Uhr: Rodelinde. Oper in drei Aufzügen von Georg Friedrich Händel.

Montag, 7.30 Uhr: Schwanenweiß. Oper in drei Aufzügen von Julius Weismann.

*

Stadttheater Halle

Händel: Rodelinde.

Man muß die eminente Geduld einer Musik bewundern, die sich — nach einem Dornröschenschlaf von 200 Jahren durch einige Musikfreunde wiedererweckt — die deutschen Bühnen im Siegeszuge wieder erobert, und das nach einem Mozart und Wagner! Es ist heute nicht mehr eine „Tat" zu nennen, wenn ein Theaterdirektor eine Händeloper aufführt, es ist eine Pflicht seinem Publikum gegenüber, besonders natürlich in der Geburtsstadt des Meisters.

Das hallische Stadttheater, das anläßlich des Händelfestes 1922 den „Orlando furioso" herausgebracht hatte, lief nun gestern die „Rodelinde" in der Bearbeitung des Göttinger Wiedererweckers der Opern Händels, Oskar Hagens folgen.

Der volle Erfolg der gestrigen Aufführung bewies die Lebensberechtigung Händelscher Opern aufs neue. Generalmusikdirektor Erich Band und Hans Siegle hatten die Aufführung mit viel Sorgfalt und feinem Verständnis für das Werk vorbereitet, ohne doch dabei den Sinn für die Gegenwart zu verlieren. Das gilt hauptsächlich für die Bühnenbilder Hans Siegles, die mit vornehmem Geschmack gewählt waren.

Das gleiche Lob gebührt den Darstellern. Die treue, unerschrockene Rodelinde der Marie Günzel-Dworsky, der edle Berterich Ewald Böhmers, der Grimwald Christian Andersens, der falsche Garibold Fritz Kerzmanns, die Hedwig Henriette Böhmers und Karl Timäus' treuer Unolf waren sämtlich darstellerisch wie musikalisch prächtige Leistungen.

Kleinere rhytmische Unebenheiten (namentlich im ersten Bild) sind der modernen Orchesterpraxis zuzuschreiben. (Man sollte doch einmal versuchen, die Secco-Recitative wieder vom Dirigentenstiz aus zu begleiten!) Im übrigen tat das Orchester sein Bestes. Die Cembalopartie lag in den Händen Ernst Kramers, der sich mit viel Feingefühl dem Ganzen anschmiegte! **Zr.**

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Vier Bergleute verunglückt.

Halle, 24. März. Auf dem „Pauls"-Schacht der Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb verunglückten vier Bergleute schwer, als sie beim Bohren auf einen steckengebliebenen Schuß kamen, der explodierte.

Hettstedt, 24. März. Vor einigen Tagen feierte hier der älteste aktive Feuerwehrmann Deutschlands der Dachdeckermeister Borges, seinen 80. Geburtstag. Der Greis ist 44 Jahre lang bei der Feuerwehr tätig und nimmt heute noch an den Uebungen teil.

Ihr Mund wird entstellt durch häßlich verfärbte Zähne. Aber Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Uebel werd. sofort u. vollkommen unschädl. Weise beseitigt d. Die bewährte Zahnpaste Chlorodont, wirksam unterstützt durch Chlorodont-Mundwasser. Überall zu haben.

Herausgeber: Ludwig Baltz.
Verantwortliche Schriftleitung: Politik, Kunst und Wissenschaft und Bilderbeilagen: Karl Zeuch. Lokales und Provinz etc.: Hans Beck. Sport und Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250325-16/fragment/page=0003

Billige Möbel!

Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Eiche u. Eiche imit. Küchen kaf. u. gestr.

Einzelmöbel

jed. Art, Polsterwaren, alles nur Qualitätswaren. Gelegenheitskauf in kompl. Speisezim. Eiche u. Standuhr nur 750 Mk. Zahlungserleichterung. Franko nach allen Stationen

Otto Thormann Halle/S. Spitze 13 am Hallmarkt gegenüber Polizeipräsidium.

Rahma

MARGARINE

butterglei ch

selbst aber ohnegleichen!

weil sie den Nährwert und Feingeschmack der besten Tafelbutter mit der Billigkeit der Margarine in sich vereinigt.

½ Pfd. nur 50 Pfg.

Kinderzeitung „Der kleine Coco" gratis!

Oeffentliche

Wahlversammlung

des Wahlverbandes Jarres

(nationale Parteien, vaterländische Verbände und wirtschaftliche Organisationen.)

für die

Reichspräsidenten-Wahl

in

Merseburg

„Casino"

Sonnabend, d. 28. März, abds. 8 Uhr.

Redner:

Landtagsabgeordneter Jahnke.

Donnerstag Reste-Tag

Die sich in den letzten Wochen angesammelten

Reste aller Warengattungen

sind auf Tischen geordnet zu

besond. herabgesetzten Preisen

zum Verkauf gestellt

Otto Dobkowitz, Entenplan 8

Deutsch-Evangel. Frauenbund

Ortsgruppe Merseburg.

General-Versammlung

Freitag, d. 27. März 1925 nachmittags ½5 Uhr Kaiserstraße 4.

1. Kurzer Geschäfts- u. Arbeitsbericht.
2. Vortrag: „Friedrich d. Große, der Held seines Volkes". (Frl. Helms Magdeburg.)

Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Gäste willkommen

Der Vorstand.

Einen größeren Posten **Stroh- u. Futterstroh** in Fuhren sowie größ. Haufen **Reisholz** hat abzugeben **Meuschauer Mühle.**

Zwei Harzer Zugochsen 5-jährig, sehr zugfest, bestens im Gang, ca. 30 Ctr., stehen zum Verkauf. Wüsteneutzch bei Dürrenberg Nr. 7.

Zwei tragende **Fersen** verkauft **Meuschauer Mühle.**

Billige Möbel!

Herrenzimmer
Schlaf- u. Speisezimmer
Bücherschränke
Schreibtische
Kleiderschränke
und Küchen
Ruhebetten
Tische und Stühle

im Möbelhaus

Teicher, Halle

Gr. Steinstraße 82. 1 Treppe (kein Laden).

Bismarckfeier

am 1. April 1925, abds. 7,30 Uhr im Tivoli.

Festrede: Herr Oberstleutnant Duesterberg.

Festspiel: „Die Wacht am Rhein".

Eintritt: 0,50 Mk.

An das nationale Merseburg ergeht hierzu herzliche Einladung.

Nationalpolitisches Kolleg.
Nikolaus Schäfer.

Gemäß Gesellschafterbeschluß vom 16. 3. 1925 tritt die Merseburger Baubedarfsgesellschaft m. b. H. in Merseburg, Weißenfelserstraße 74 am 31. März 1925 in Liquidation.

Zum Liquidator der Gesellschaft ist bestellt Herr Helmuth Naske, Merseburg, Halleschestraße 41.

Gläubiger der Merseburger Baubedarfsgesellschaft m. b. H. werden hiermit ersucht etwaige Forderungen unverzüglich unter Einreichung von Nachweisen geltend zu machen.

Merseburger Baubedarfsgesellschaft m. b. H.

Alle jungen Tiere, wie Ferkel, Kälber usw. wachsen verblüffend schnell und kräftig heran mit

M. Brockmann's Vieh-Lebertran-Emulsion „Osteosan".

Einzigartig, hochkonzentriert, stark eiweißhaltig. Große Freßgier! Sicherer Schutz vor Knochenweiche, Krampf, Steifheit, Verdauungsstörungen! Kein Ferkel- u. Kälbersterben mehr!

Schutzmarke

Machen Sie sofort einen Versuch! Prospekte versendet kostenfrei

M. Brockmann Chem. Fabr. m. b. H., Leipzig-Eutr.

Zu haben: In Merseburg bei: Richard Kupper, Drogerie, am Markt 10; Karl Elkner, Inh. Fritz Elkner, am Markt 22.

Oeffentliche

Wahlversammlungen

des Wahlverbandes **Jarres**

(Nationale Parteien, vaterländische Verbände und wirtschaftliche Organisationen)

für die

Reichspräsidenten-Wahl

in

Großgräfendorf, Gasthof Dietrich, Freitag, d. 27. März abds. 8 Uhr. Redner: Herr Gutsb. Boes, M.d.L.

Bergschenke, Freitag, den 27. März, abends 8 Uhr, Redner: Herr Schulrat Roß.

Verein ehem. Domschüler

Nächste

Versammlung

übermorgen,

Freitag Abend 8½ Uhr in Müllers-Hotel

Besprechung der

Vorarbeiten zum Jubiläum.

Vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Terrazo-Fußboden

wird sachgemäß ausgeführt.

Lindenhahn & Müller, Halle a. S.,

In lebhafter Straße kann sofort **großer Laden** mit wenig Kosten eingebaut werden. Offerten unter 371/25 a. die Expedition d. Blattes.

Gut möbliertes **Zimmer** nebst Kammer sofort zu mieten gesucht. Offert. u. 370/25 a. d. Exped. d. Bl.

Möbliertes Wohn- u. Schlafzimmer an besseren Herrn, nähe d. Bahn zu vermiet. Zu erfr. in der Expedition d. Bl.

Möbl. Zimmer von Beamten zum 1. bezw. 15. 4. d. Js. mit Preisangabe, gesucht. Zentrale Lage bevorz. Off. u. 373/25 a. d. Exp. d. Bl.

Soeben erschienen!

Führer durch Merseburg und Umgegend

mit zahlreichen Abbildungen und einem Stadtplan.

Bearbeitet von G. Pretzien.

Preis 1,— Mk.

Merseburger Druck- und Verlagsanstalt.

Zu haben in den Geschäftsstellen des Tageblattes Hälterstraße 4 Gotthardtstr. 38 und in den Buchhandlungen.

Kartoffelverkauf.

2000 Ztr. Centifolia-Saat 2. Nachb., von leichtem Boden 3.— je Zentner ab Lochau, bei größeren Posten frei Bahn Gröbers oder Ammendorf.

4000 Ztr. handverlesene Speiseware 2,80 Mk. ab Hof Lochau, bei größeren Posten frei Waggon wie oben, oder bei 50 Ztr. und darüber frei Haus Merseburg oder Halle. Bei größerer Abnahme tritt Preisnachlaß ein.

Zuckerfabrik Körbisdorf A. G.

Körbisdorf Kr. Merseburg.

Laden in verkehrsreicher Gegend für Herrenkonfektion gesucht. Evtl. wird Kommissionslager gegeben.

Angeb. erb. u. S. B. 902 an Allgemeines Anzeigen-Büro, Leipzig, Markt 10.

Für Likörfabrik bei der Kundschaft gut eingeführte, arbeitsfreudige

Vertreter

bei guter Provision gesucht.

Offerten unter 372/25 an die Expedition dieser Zeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250325-16/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 71 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, den 25. März 1925.

Der Kreistag des Landkreises Merseburg,

der gestern von früh 10 Uhr bis nachmittags 4.45 Uhr mit 45 Minuten Unterbrechung tagte, hat im wesentlichen alle auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen in zustimmendem Sinne verabschiedet. Die Verhandlung war im allgemeinen vom Hauch eines „modernen Parlamentarismus" getragen. Man glaubte zeitweise, daß nicht jeder von der Notwendigkeit überzeugt war, zum Wohle der Wähler zu arbeiten, es hatte vielmehr des öfteren den Anschein, als ob Landrat Guske und sein dunkelrot gefärbter Genosse Schmöller vor geladenen Gästen ihre persönliche Freundschaft in gegenseitigen Komplimenten bekräftigen zu müssen glaubten. Die übrigen Kreistagsabgeordneten kamen infolgedessen kaum zu Wort, und „zur Sache" wurde bei manchen Vorlagen überhaupt nur im Referat und in der Abstimmung gesprochen. Die ganze Verhandlung schien seitens der Kommunisten als erwünschte Gelegenheit für Reichspräsidentenwahlpropaganda zu sein.

*

Anschließend geben wir die Ergebnisse der gestrigen Verhandlungen am Nachmittage wieder.

Bei der Durchberatung des Haushaltsplans für 1925 der mit Einnahme und Ausgabe mit 17556 000 Mark abschließt, findet Abg. Bretschneider (Kom.) wieder eine Gelegenheit zu einer Fensterrede in der Tatsache, daß in diesem Jahre für die Körung der Ziegenböcke 50 Mk. weniger als im Vorjahre angesetzt seien. Bei der Besprechung von Kapitel 9 — Hauszinssteuern — glaubt Abg. Schmöller (Kom.) die Mängel beleuchten zu müssen, an denen das jetzige System krankt. Bei dem Kapitel „Sonstiges und Abrundung" läßt Abg. Schmöller wieder einen sinnlosen Redeerguß über den Kreistag ergehen, der gipfelt in dem Antrag, für die Rote Hilfe, die Internationale Hilfe und Arbeitersamariterkolonne je 500 Mark zu bewilligen. Während die beiden ersten Posten gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt werden, verweist Landrat Guske darauf, daß die Bewilligung für die Arbeitersamariterkolonne im Kapitel 6 hätte erfolgen müssen. Bei der Durchnahme der laufenden Einnahmen versucht Abg. Schmöller durch ständige Provokationen die Verhandlungen zu stören, so daß er sich mehrmals Ordnungsrufe zuzieht. Die ganze Verhandlung trägt das offensichtliche Charakteristikum eines vorzüglichen Einvernehmens zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten. Man sollte eigentlich von den Abgeordneten des Kreistages sachliche Arbeit zum Wohle des Kreises und seiner Bevölkerung erwarten. Bei den Manipulationen, mit denen ein Herr Schmöller die Verhandlung systematisch zu verschleppen sucht, kann man allerdings die Ueberzeugung gewinnen, daß die 10 Mark Tagegelder für diese Volksvertreter zu hoch sind und kann es verstehen, wenn er selbst den Wert seiner Tätigkeit nicht so hoch einschätzt.

Bei der Frage der Aufbringung des Fehlbetrages einigt man sich auf die gleiche Regelung wie im Vorjahre. Der Haushaltsplan wird insgesamt mit 18 gegen 5 Stimmen angenommen. Nach dieser Beschlußfassung wird die Sitzung um 45 Minuten bis 2 Uhr nachmittags unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Verhandlungen wird zum Haushaltsplan noch eine Summe von 3000 Mark zur Besteuerung zum Erwerb eines Verbandshauses bewilligt. Die Punkte 9 (Grundstückstauschvertrag mit der Stadt Merseburg und Bewilligung von Mitteln zur Baureifmachung des früheren Wölfelschen Grundstücks) und 10 (Verwendung des Grundstücks Mälzerstraße 16) und 11 d (Neuregelung der Besoldung des Sparkassendirektors) werden zur Beschlußfassung für eine geheime Sitzung zurückgestellt.

Die Satzung der Kreissparkasse soll insofern eine Aenderung erfahren, als die Kasse außer dem Titel Kreissparkasse Merseburg den Untertitel „Sparbank" führen soll. Die Zahl der gewählten Mitglieder soll auf 6 erhöht und in den Vorstand der Sparkassendirektor gewählt werden. § 40 soll ferner in Zukunft so lauten: Die Ueberschüsse dürfen nur für solche gemeinnützige oder wohltätige Zwecke verwendet werden, die nicht zu den Aufgaben des Kreises gehören. Sparkassengläubigern, die ihre Einlagen infolge der Geldentwertung verloren haben, hatte man beabsichtigt, zinslose Darlehen zu geben. Es werden hier ungefähr 3000 Mark in Frage kommen. In der vom Sparkassenvorstand und Kreisausschuß beschlossenen Weise wird die Bewilligung von Mitteln beschlossen. Die Sparkassenrechnung von 1923 und 1924 ist von einer besonderen Kommission geprüft worden. Die Sparkasse ist, wie festgestellt wurde, bei Gewährung von Krediten sehr vorsichtig vorgegangen, daß ein Verlust irgend welcher verliehener Gelder nicht zu befürchten ist. Zu dem Bau eines Hauses für die Beamten der Kreissparkasse hat die kommunistische Fraktion Einspruch erhoben, da hierzu nicht die Instanzenwege eingehalten worden seien. Landrat Guske betont, daß das Haus zu außerordentlich günstigen Bedingungen gebaut worden wäre und 42 000 Mark koste. Von 7 Beamten der Kasse hätten 5 auswärts gewohnt, was bei dem ungünstigen Zugverkehr für die Geschäftsführung erschwerend gewirkt habe. Das Haus sei am 1. April beziehbar und er ersuche bei der Stichhaltigkeit der Angelegenheit um Idemnität. Abg. Schmöller hat gegen den Bau dieses Hauses nichts einzuwenden, erhebt jedoch schärfsten Protest gegen das eigenmächtige Vorgehen des Landrates. Abg. Cornelly findet es unerhört, daß der Kreistag in maßlosester Weise durch den Abg. Schmöller zu persönlichen Auseinandersetzungen mißbraucht wird. Auch Abg. Pätzold (Soz.) stellt fest, daß es einen sonderbaren Eindruck macht, wenn Herr Schmöller sich auf einen gesetzlichen Standpunkt stellt, wo die Kommunisten sonst jedes Gesetz ablehnen. Er mache sich vor der Oeffentlichkeit lächerlich. Die Abgeordneten seien nicht da, sich anzuöden, sie seien da, Positives für den Kreis zu leisten. Landrat Guske gibt aus vorliegendem Aktenmaterial (Gerichtsurteile, sowie ein Brief, in dem Abg. Schmöller zur Steuerhinterziehung auffordert) ein Bild des Abg. Schmöller. Als Antrag auf Schluß der Debatte gestellt wird, ruft Abg. Schmöller: „Pfui, diese Barmatbrüder! Ein wüstes Durcheinandergeschrei erhebt sich, das mit der Annahme der Sparkassenrechnung erst sein Ende findet.

Für die Beseitigung von Tierkadavern im Landkreise Merseburg wird die Kreissatzung mit den Gebühren des Landwirtschaftsministers angenommen. Ebenfalls wird die Satzung für die Hufbeschlaglehrschmiede in Merseburg mit 18 Stimmen angenommen. Die Satzung für das Kreisjugendamt des Landkreises Merseburg, die vom Kreisausschuß bereits am 16. September 1924 gebilligt wurde, findet, wie auch die Satzung für Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen im Landkreise, gleichfalls Zustimmung.

Die Wahlen von Amtsvorstehern, Schiedsmännern und Vertrauensmännern sowie deren Stellvertretern wurden anschließend vollzogen. Sämtliche Vorschläge fanden einmütige Zustimmung. Gemäß der Verordnung des Oberpräsidenten werden die Kosten der Eberkörung vom Kreis übernommen. Der Landrat drückte den Wunsch aus, daß dem Widerstand der Bevölkerung gegen die Eberkörung entgegengetreten würde.

Im letzten Teil der öffentlichen Sitzung wurde die ministerielle Verordnung über die Jagdsteuer angenommen. Danach beträgt diese für Auswärtige 30 Prozent und für Einheimische 15 Prozent. Der jährliche Ertrag der Jagdsteuer beläuft sich auf 20 000 Mark.

Um 3/4 5 Uhr trat der Kreistag in die geheime Sitzung ein.

Danzigs Protest gegen die Entscheidungen des Völkerbundsrats.

Der Bericht des Senatspräsidenten Sahm.

Senatspräsident Sahm schilderte am Freitag in einer einstündigen Rede vor dem „Volkstag" die Ergebnisse der Genfer Tagung. Er betonte, daß die diesmalige Tagung des Völkerbundsrates ganz und gar im Zeichen der Geheimdiplomatie gestanden habe; er habe daher in Genf bei der Ratstagung bereits vor vollendeten Tatsachen gestanden und seine ausführlichen Darlegungen seien ungehört verhallt,

weil die Beschlüsse schon vorher feststanden.

Es sei nicht zu verwundern, daß sich der Danziger Bevölkerung tiefe Mutlosigkeit bemächtigt habe, da die wichtigsten Danziger Lebensinteressen unbeachtet blieben. Wenn auch Danzig einer Entscheidung des Haager Schiedsgerichtes im Vertrauen auf sein gutes Recht in der Postfrage nicht zu fürchten brauche, so sei ein bedauerlicher Zustand, daß vorläufig weiter polnische Briefkästen, die unrechtmäßig angebracht wurden, von der Danziger Polizei geschützt werden müßten, und daß der Postdienst durch die Einrichtung der polnischen Post weiter vollkommen verwirrt wird. Betreffs der Souveränitätsfrage bedauerte der Präsident, daß auch hier der Völkerbund nicht klar und deutlich gesprochen habe, doch wies er die Auffassung zurück, daß gegen die Danziger Souveränität entschieden worden sei. Der Völkerbund habe ausdrücklich betont, daß der Versailler Vertrag die Grundlage der staatlichen Stellung Danzigs ist und aus diesem Vertrage geht Danzigs staatliche Selbständigkeit klar hervor.

Nachdem der Senatspräsident noch festgestellt hat, daß auch in anderen Danziger Fragen der Völkerbund nicht die Interessen Danzigs geschützt hat — wie er z. B. auf dem polnischen Boykott überhaupt nicht eingegangen ist — trat das Haus in die Diskussion der Senatserklärung ein. Alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie, erklärten einmütig ihr Einverständnis mit der Haltung des Senatspräsidenten in Genf und sprechen in mehr oder minder scharfer Form

dem Völkerbund ihr Mißtrauen aus.

Zum ersten Male sind die Beziehungen Danzigs zum Völkerbunde mit einer solchen Ausführlichkeit im Danziger Parlament erörtert worden, und die Sitzung gestaltete sich zu einer machtvollen Protestkundgebung gegen die Verletzung der Danziger Staatsinteressen durch die Entscheidung des Völkerbundes.

* * *

Die geographische Absurdität der deutschen Ostgrenze.

Der „Manchester Guardian" nimmt in einem Leitartikel zu der Frage der deutschen Grenzregulierung im Osten Stellung. Die Zeitung schreibt, daß die Tschechoslowakei und Polen den Hauptprozentsatz deutscher Bevölkerung aufweisen, sodaß man das Problem der Grenzregulierung zur Sprache bringen müsse, eine Revision der Staatsangehörigkeit dieser Bevölkerung vorgenommen werden. Eine Warnung der Tschechoslowakei vor Deutschland sei eine geographische Absurdität, denn sie würde ein wirtschaftliches Unglück für beide Teile bedeuten. Die Tschechoslowakei müsse wie die Schweiz neutral werden, dann würde sie zum finanziellen, politischen und moralischen Vorteil ihrer Bewohner aufhören, ein militärischer Vorposten Frankreichs in Mitteleuropa zu sein. Diese Stellung eines militärischen Vorpostens Frankreichs könne das Land nur im Hinblick auf die Gefahr einnehmen, die ihm von Deutschland drohe. Mit Rücksicht auf

das Problem zwischen Polen und Deutschland

sagt der Artikel, daß der Danziger Korridor eine geographische Imuoralität sei und daß die Abtrennung Oberschlesiens ein wirtschaftliches Unglück war. Diese Grenzregulierung könne Deutschland nicht als endgültig ansehen. Diese Grenze könne man nur solange aufrechterhalten, als man Deutschland unterdrücke. Posens Grenze zu garantieren, würde für England eine Lüge sein, die Deutschland und Rußland nicht als permanent betrachten könnten. Andererseits könne man nicht erwarten, daß eine deutsch-polnische Grenzregulierung jetzt durch Verhandlungen herbeigeführt werden könne. Eher würde Polen zum Kriege schreiten. Im Falle eines deutsch-polnischen Konfliktes könne Frankreich nicht neutral bleiben. Das Blatt verspricht sich eine friedliche Regulierung entweder durch eine Aenderung der französischen Einstellung im Osten oder durch einen Wechsel der russischen Regierung. Auf alle Fälle müsse die deutsche Bürgschaft genügen, daß Deutschland nicht beabsichtige, seine östlichen Grenzen mit Waffengewalt abzuändern.

*

Der Erfinder.

Ein deutscher Roman aus Amerika von **Moritz Schäfer.**

(Nachdr. verb.)

(26)

Zappelnd und schimpfend setzte sich der Kleine zur Wehr.

„Bin ich Ihr Lakai? Heben Sie die Schnipsel doch selber auf."

„Daß Sie mir wie ein Marder an die Kehle springen, Bursche! Nein, mein teurer Mr. Beverley. Sie werden sich schon selbst bemühen. Apportez! 3 Minuten!" Und er preßte den Iren fest zur Erde nieder, daß die Bardame mit hysterischem Aufschrei in eine Ecke flüchtete.

„Dachte ich's mir doch", sagte er kalt, „und nun verehrter Herr, wollen wir zu Ende kommen. Meine Geduld ist erschöpft. Heraus mit dem Vertrag!"

Unter dem eisernen Druck bequemte sich der Verwachsene, die Fetzen aufzuheben. Bauer riß sie ihm aus der Hand und erkannte auf den ersten Blick: Das war ein unbeschriebenes Blatt Papier.

„Glauben Sie denn, ich trage den Kontrakt in der Tasche herum", höhnte der Ire. Da muß ich Sie schon bitten, sich mit mir in meine Wohnung zu bemühen."

„Auch in der Wohnung werden Sie den Vertrag schwerlich aufbewahren. Ihr Büro ist, meines Wissens, nebenan. Vorwärts, Mr. Beverley, aber versuchen Sie nicht aus Ihren Schubladen etwas anderes herauszukramen, als das Dokument. Sie sehen, ich bin auf alle Fälle vorgesehen."

Er zog mit raschem Griff einen Revolver aus der Tasche und hielt ihn dem Ueberraschten vor die Nase.

Ohne ein Wort zu sprechen, ging der Ire voraus. Das Büro war mit der Bar direkt verbunden. Beverley entnahm einem Shannonregister den Vertrag — diesmal den richtigen, wie ich Bauer sofort überzeugte — und händigte ihn ohne weitere Winkelzüge dem Deutschen aus.

„Allright, Sir," sagte Bauer, „die Angelegenheit ist erledigt!"

Er schritt rückwärts durch die Tür, den Revolver schußbereit auf den Iren gerichtet. Doch der folgte ihm nicht. Nur einen tückischen Blick aus blutunterlaufenen Augen sandte er seinem Bändiger nach. In der Bar, die Bauer durchschreiten mußte, hatten sich inzwischen ein paar verdächtige Gestalten angesammelt, die mit der Bardame tuschelten. Der junge Ingenieur schritt an einer Gruppe verwegen aussehender Gesellen vorbei, doch keiner von den Leuten wagte es, eine zweideutige Haltung anzunehmen. Sie mochten in den entschlossenen Zügen des Deutschen lesen, daß mit dem Manne nicht zu spaßen sei. Und der Revolver, den Bauer noch immer schußbereit in der Rechten trug, hielt sie vollends in Schach. Ungehindert gelangte der Ingenieur ins Freie.

Nach etwa 14 Tagen — Bauer, dessen Fleischwunde nahezu geheilt war, hatte die Arbeit in den Kanalanlagen mit dem Heer seiner Getreuen wieder aufgenommen — ließ der Mayor den Ingenieur zu sich bitten und verkündete ihm, daß das Ausweisungsdekret eingelaufen sei. „Aber", fügte er lächelnd hinzu, „wir hätten uns gar nicht so strapazieren brauchen! Senora Lourenzo hat ihre Zeit freiwillig abgebrochen und ist aus der Stadt verschwunden. Sie hat eine große Schuldenlast und eine tieftrauernde Gemeinde zahlreicher Gläubiger hinterlassen . . ."

*

Bauer eilte zu Blossom, um ihr mitzuteilen, daß sie wieder frei aufatmen könne. Weder ein Beverley noch eine Lourenzo konnten ihr unbequem werden.

Das Begräbnis des Senators hatte unter großer Pompentfaltung stattgefunden, auch die Staaten hatten Vertreter entsandt. Blossom litt schwer unter den seelischen Erschütterungen dieser Tage, doch Bauer widmete ihr fast seine ganze freie Zeit, und es gelang ihm durch freundlichen Zuspruch die Gebeugte wieder aufzurichten. Jetzt drückte sie ihm dankbar die Hand. „Was wäre aus mir geworden!" Alles Spielerisch-leichtfertige schien von ihr abgefallen, der Ernst des Lebens war ihr erschütlich ein guter Lehrmeister gewesen. Und die Ereignisse, die sich an die Namen Lourenzo-Beverley knüpften, hatten ihr vollends die Augen geöffnet. Mit Schaudern erkannte sie den Abgrund, an dessen Rande sie hingetänzelt, und dankbar war sie sich der Hilfe des Deutschen bewußt, der sie vor dem Sturz in die Tiefe bewahrt hatte. Ja, vielleicht hatte er sie zum zweiten Male vom Tode gerettet, denn als der betrunkene Goldgräber Hand an sie gelegt, wußte sie, die Schande würde sie nicht überleben. Ein besudeltes Dasein hätte sie von sich geworfen in Ekel und Scham.

Aber Blossom wußte auch: Die Vorsätze, die sie nach jener furchtbaren Nacht gefaßt, die ihr den Vater geraubt und sie selbst an den Rand des Abgrundes geführt, diese guten Vorsätze würde sie mit eigener Kraft nicht erfüllen können. Sie bedurfte des Helfers, der mit ihr fühlte und mit ihr kämpfte gegen die finsteren Mächte. War nicht schon ihre ganze Willensfestigkeit nötig, um den Aethergenuß zu unterlassen? Zum Glück war Blossom noch nicht allzusehr an das narkotische Gift gewöhnt, und dennoch war eine unbeugsame Energie nötig, den Lockungen des berauschenden Gifts zu widerstehen. Dies eine war ihr gelungen — alle die bösen Geister zu bannen, die ihre Seele umbuhlten, war sie allein zu schwach.

Was war schlimmer für ihre grübelnden Gedanken als das Alleinsein? In dem verödeten Hause, wo sich Blossom acht Tage lang abgeschlossen hielt vor aller Welt, begannen andere Dämonen ihr Werk. Die Blossom hineingetrieben hatten in den Strudel exentrischer Tollheiten, waren gebannt; aber die Lust am Leben ließ sich nicht unter dem Schutt der zertrümmerten Götzen begraben. Wie eine Stichflamme brach sie von neuem hervor und durchglühte die Sinne der 17jährigen mit heißer brandender Lohe. Sie fühlte: zu einem Büßerdasein war sie nicht geschaffen, sie begehrte ihr Anrecht aufs Leben, und ob sie auch Stunden der Reue und innerer Einkehr hatte — die Sehnsucht, das Leben auszukosten, rang sich ans Licht. Diese Sehnsucht nach Daseinsgenuß war immer in Blossom lebendig gewesen, auch damals, als sie noch die Maske der Blasiertheit trug. Die Sehnsucht lebte auch in den Tagen des größten Schmerzes und loderte beim Welken der Totenkränze wieder zur hellen Flamme empor. Und Blossom kämpfte vergeblich gegen die Glut, die stärker war als ihr Wille, dem Leben einen Inhalt zu geben. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250325-16/fragment/page=0005

Schweres Belastungsmaterial des Untersuchungsrichters.

Aus dem Tscheka-Prozeß.

Leipzig, 23. März. Die neue Woche beginnt mit einer Reihe von Beweisanträgen der Verteidigung, die beantragt, das Aktenmaterial aus dem Hitler-Prozeß heranzuziehen. Ferner wurde die Vorlegung zahlreicher Broschüren und Aufsätze verlangt, die die Organisation „Consul" betreffen. Weiter sollen die Prozeßakten gegen die Scheidemann-Attentäter und die Akten des Mecklenburgischen Fehmen-Mordes herangezogen werden, um die Tätigkeit radikaler Rechtsorganisationen zu beleuchten. Die Verteidigung verlangt die Ladung zahlreicher neuer Zeugen u. a. des Generals v. Seeckt, des Reichswehrministers Dr. Geßler, des Innenministers Severing, Hitlers, Ehrhardts, Kahrs usw. Reichsanwalt Dr. Neumann erklärt, daß er erst später zu diesen Anträgen sich äußern könne.

Hierauf wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Die Witwe des erschossenen Friseurs Rausch gibt an, daß ihr Mann ihr vor ihrem Tode gesagt habe: Fritz Neumann hat auf mich geschossen. Der Zeuge Hans bestätigt, daß sich in der kommunistischen Partei Spitzel und Propagandeure eingeschlichen hatten. Auch Separatisten hätten sich an die Kommunisten herangemacht, um diese als ihre Todfeinde bloßzustellen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kündigt Rechtsanwalt Dr. Wolf an, daß die Verteidigung etwa über 30 Zeugen aus allen Teilen des Landes laden werde, um über die Verhältnisse in der K.P.D. um die Jahreswende 1923/24 auszusagen. Der Vorsitzende regte an, mit Rücksicht auf die großen Kosten die Zeugenladungen möglichst einzuschränken.

Zu einer längeren Auseinandersetzung kam es über eine Aeußerung des Zeugen Vonberg, der Partei wäre es angenehm gewesen, wenn die Faschisten losgeschlagen hätten, dann hätte die K.P.D. ihrerseits loschlagen können. Auf verschiedene Fragen nach dieser Richtung blieb der Zeuge Vonberg die Antwort schuldig, was Rechtsanwalt Dr. Wolf zu der Bemerkung veranlaßte, das genüge ihm zur Kennzeichnung der Führerrolle des Zeugen Vonberg. R.A. Dr. Wolf beantragt darauf die Ladung Scheitners als Zeugen, um von diesem zu hören, ob das Ziel der K.P.D. über die Abwehr der faschistischen Gefahr hinaus der bewaffnete Aufstand sein sollte. R.A. Dr. v. Bagnato beantragt die Herbeiziehung der Akten gegen Heller und Genossen vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes. In diesem Urteil sei hervorgehoben, daß der angebliche Plan gegen General v. Seeckt in Baden-Baden nicht bestanden habe. Es sei da zum Teil nur auf Gefängnisstrafen erkannt und besonders schwere Fälle nicht angenommen worden. Kriminalwachmeister Lauer-Mannheim bekundet, Vonberg sei nicht als Spitzel zu bezeichnen.

In der Nachmittagssitzung wird

Landgerichtsdirektor Vogt

vernommen. Er erklärt einleitend, daß er es begrüße, endlich gegen die zahlreichen Angriffe, die man gegen ihn gerichtet habe, Stellung zu nehmen. Der im Zuhörerraum sitzende Kommunist Rosenberg habe ihm in eigener Sache seinen Dank übermitteln lassen, für die hervorragende objektive Rechtsbelehrung, die ihm zuteil geworden sei. Er wisse sich frei von jeder Voreingenommenheit gegen Kommunisten und wenn man ihm Vorwürfe machen wolle, so könnte es nur der sein, daß er zu gut mit den Angeklagten gewesen sei. Deshalb verstehe er die Vorwürfe nicht.

Der Zeuge kommt dann zu den einzelnen Angeklagten. Er beginnt mit Neumann, von dem man jetzt behauptet, er sei ein Spitzel gewesen.

Neumann sei nie Spitzel gewesen,

seine Aussagen hätten bis in die geringsten Einzelheiten gestimmt. Er habe nie jemand aus eigenen Stücken belastet und man habe wohl auch noch keinen Spitzel gesehen, der selbst einen Mord begangen habe, ohne einen anderen vorzuschieben. Der Zeuge kennzeichnet dies an verschiedenen Einzelfällen. Neumann sei bestrebt gewesen, nur das zu sagen, was er selbst gewußt habe.

Die M-Leitung der Zentrale der Partei habe die „Gruppe Hans" gekannt, den Beweis dafür habe er bei den Akten. Er habe im Juni 1924 Gelegenheit dazu gehabt, den Reichstag und Landtag zu durchsuchen und da hätten sich interessante Beziehungen zwischen der Partei und den Angeklagten herausgestellt.

Die „Rote Hilfe" sei nur eine Unterabteilung der Zentrale der K.P.D.,

die wegen gemeiner Verbrechen verfolgte Kommunisten mit falschen Pässen versehen habe. Die juristische Zentralstelle sei ebenfalls keine legale Organisation und deshalb habe man sie im Landtag untergebracht.

Der Ausdruck Tscheka finde sich selbst in beschlagnahmten Akten der K.P.D., für den Prozeß habe ihn der Angeklagte Poege geprägt. Zahlreiche wegen Mordes Verfolgte hätten von der Zentrale falsche Päße bekommen und wären in Sicherheit gebracht worden. Die falschen Päße habe man durch die Paßfälscherzentrale ermittelt.

Die Verteidigung fordert darauf einen Gerichtsbeschluß darüber, ob der Inhalt von Urkunden namhaft gemacht werden kann, die der Verteidigung niemals vorgelegen haben.

Die Reichsanwaltschaft ersucht, den Antrag abzulehnen, denn diese Urkunden stünden in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Verfahren. Die Verteidigung zieht nach längerem Hin und Her ihren Antrag zurück.

Ueber die Paßfälscherzentrale

führt dann der Zeuge aus, daß bereits im Jahre 1921 eine kleine Werkstatt ausgehoben worden sei. Die Angeklagten hätten außerdem gesagt, daß sie die Päße von einem gewissen Ernst erhalten hätten, aber erst am 7. Oktober 1924 sei es gelungen, in der Thomasstraße in Neukölln die Zentrale auszuheben. Schon im Jahre 1922 habe scheinbar die kommunistische Reichstagsfraktion bei den einzelnen Konsulaten angefragt, wie die Päße beschaffen sein müßten. Die Antwortschreiben der Konsulate lägen vor. Im ganzen seien in dieser Zentrale 673 falsche Päße ausgestellt worden.

Inzwischen sei es gelungen, eine neue Paßfälscherzentrale auszuheben. Durch die Aushebung wurden die Angaben Neumanns bestätigt, man habe verschiedene Schreiben, unterzeichnet mit „Ernst", vorgefunden.

Auch Reichstagsabgeordnete hätten falsche Päße gehabt

so z. B. Eberlein, Koenen, Thälmann, Ruth Fischer, Kilian, Katz. Man habe auch feststellen können, daß alle die Personen, die Poege in seinem widerrufenen Geständnis als Mitglieder der M-Organisation bezeichnet habe, unter den Empfängern falscher Päße waren. In den Büchern der Paßfälscherzentrale finde sich aber auch die Gruppe „Hans" als Empfänger von Päßen für Szon und Margies.

Die Verhandlungen werden hierauf auf Dienstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Am Dienstag, dem 29. Verhandlungstage, fährt Landgerichtsdirektor Vogt mit seiner Zeugenaussage fort. Er war von der Verteidigung angegriffen worden, weil er Schlußfolgerungen zog, daß die Maßnahmen der KPD. der Revolution gedient hätten, die Verteidigung behauptet, daß sie lediglich dem Abwehrkampf gegen die Reaktion gegolten haben. Der Zeuge begründet seinen Schluß mit Material, das bei dem Abg. Jeschke im Preußischen Landtag gefunden wurde.

Bei ihm fanden sich Entwürfe, wie man den ganzen Verkehr, Eisenbahn, Schiffahrt Post, Radio, Brieftauben in den Dienst der Revolution stellen könne.

Darunter fand sich ein Dokument zur Revolutionierung der Binnenschiffahrt, von der gesagt wurde, sie diene in ihrer bisherigen Organisation weder der Revolution noch dem im Westen im Entstehen begriffenen Sowjet-Deutschland. Der Entwurf fordert die

Bewaffnung der Schiffer,

die Einrichtung von Sprengkommandos und die Bestückung einzelner Dampfer. Auch der Betriebsrätekongreß vom 21. Oktober, der dann verhindert worden sei, habe ebenfalls nicht etwa wirtschaftlichen Zwecken gedient, sondern lediglich die Frage des Loschlagens sollte behandelt werden. Der von Neumann gekennzeichnete O-D (Ordnungsdienst) solle seiner Meinung nach den

Grundstock zu einer Roten Armee

bilden und bestehe heute noch, sei sogar auf Betriebszellen organisiert und solle auch Waffen und Sprengkörper herstellen, vor allem aber, was für Stoblewsky bedeutsam sei, Genossen aus der Haft befreien. Der Zersetzungsdienst solle nebenher die Reichswehr zermürben. Betriebsspionage solle sich vor allen Dingen gegen Unternehmer, Sozialdemokraten und Faschisten richten. Entgegen den bisherigen Behauptungen der Verteidigung, daß die Partei den Individualterror ablehne, bringt der Zeuge ein Dokument zur Verlesung, das sagt, daß man

auch einzelne Führer ermorden

müsse, und daß Enteignungen auch bei Privatpersonen stattfinden sollten. Die Ausrottung der Führer sollte aber nicht nur während des Kampfes im Bürgerkrieg stattfinden, sondern auch vor dem Kampfe.

Der Zeuge berichtet weiter, daß es gelungen sei, eine Sitzung der O.-D.-Leitung Berlin-Brandenburg anzuheben,

und zwar Ende Oktober 1924, dabei seien 30 Leute verhaftet worden. In dem beschlagnahmten Material sei ein genauer Arbeitsplan gewesen, der sich besonders auf die Schießausbildung bezog. Außerdem liegt eine Waffenmeldung vor, die nur den 4. Berliner Bezirk umfaßt; danach hat dieser Bezirk 1 schweres und 3 leichte Maschinengewehre, 115 Gewehre Modell 98, 7 Maschinenpistolen, 77 Pistolen zu 9 Millimeter und 228 Pistolen zu 7,8 Millimeter, außerdem mehrere 1000 Schuß Munition. Es seien auch mehrere militärische Instrukteure verhaftet worden. Der O.-D. erstrecke sich aber nicht nur über Berlin, sondern über ganz Deutschland, denn man habe

Tätigkeitsberichte sowohl aus Bayern wie aus dem Rhein- und Ruhrgebiet, aus der Provinz Brandenburg und Berlin beschlagnahmt.

Der Zeuge wendet sich dann der Vernehmung des Angeklagten Poege zu. Poege habe versucht, seine Angaben so zu machen, als habe er alles nur unter dem Zwang des Neumann getan. Diese Angaben hätten sich immer als Lügen herausgestellt und selbst Margies habe zugegeben, daß Neumann niemals einen Druck ausgeübt habe. Nur zwischen Poege und Margies habe ein gespanntes Verhältnis bestanden. Niemand habe jemals den Poege von den vernehmenden Beamten den Mord an Rausch in die Schuhe schieben wollen.

Poege habe sich gerühmt, daß er den Untersuchungsbeamten den Weg über Huke zu Stoblewsky gewiesen habe.

Außerdem liege ein Brief Poeges an seine Frau vor, in dem er sage, er habe sich früher wohl der Arbeiterklasse zur Verfügung gestellt, habe aber erkannt, daß er auf dem falschen Wege gewesen sei, er habe nunmehr alles darangesetzt, die wahren Schädlinge der Arbeiterklasse zur Verantwortung zu ziehen. Er, Zeuge, habe den Angeklagten niemals Versprechungen gemacht. Die Angriffe kämen auch gar nicht von den Angeklagten, sondern von dritter Seite. Poege habe besonderes Gewicht darauf gelegt, daß er freiwillig die Angaben über die Benutzung von Sprengstoffen und Giften gemacht habe.

Auch die Angriffe Stoblewsky gegen die Art seiner Vernehmung seien grundfalsch.

Margies behauptet dann, er habe sogar gefesselt Protokolle unterschreiben müssen. Der Zeuge bestätigt dies, denn Margies habe ihn stundenlang abgetastet und habe gesagt:

„Wir wollen das Bürgertum noch viel schlimmer abschlachten als in Rußland, und für Sie, Herr Landgerichtsdirektor wäre es noch viel besser, wenn Sie gleich erledigt würden."

Neumann und Poege habe er nie zu fesseln brauchen, denn wenn diese gefesselt wären, hätte man keinen Pfifferling für ihr Leben geben können. In Stuttgart habe man ihm sogar einen kommunistischen Spitzel in sein Büro geschickt. Stoblewsky habe erklärt, er werde bei der Hauptverhandlung alles sagen und da auch die Motive seiner Handlungsweise angeben. Wenn der Angeklagte jetzt keine Aussagen mache, so sei dies auf Einflüsse der Verteidigung zurückzuführen. Er habe einmal gesagt: „Sehen Sie, ich kann das Leben verlieren, das dauert fünf Minuten, aber die Ehre, das ist viel schlimmer." Dann auf Neumann und Poege weisend: „Sehen Sie die Leute, das sind Arbeiter." Neumann und Poege hätten ihm einmal erregte Vorhaltungen gemacht und Stoblewsky bestreitet, daß er sich als Arbeiterführer aufgespielt habe.

Poege habe ihm in ekelhafter Weise zugesetzt und gesagt, er würde ihn erschießen, wenn er einen Revolver hätte. Poege gibt zu, dies gesagt zu haben.

Präs. Niedner: Wollen Sie jetzt ein Geständnis ablegen? Stoblewsky: Ich habe keines abzulegen.

Der Zeuge schildert dann die Vernehmung des Angeklagten Margies. Der Angeklagte habe selber bedauert, daß er im Fall Rausch keine aktivere Rolle gehabt habe. Im übrigen habe Neumann später Margies von einem Versprechen entbunden und Margies habe dann ohne Druck die Angaben Neumanns bestätigt.

Margies bittet darauf uns Wort, als ihm dies nicht erteilt wird, bittet er, ihn abführen zu lassen, da er sich sonst nicht beherrschen werde. Margies läuft dann aus dem Saal.

Der Zeuge Vogt fährt fort: Der Angeklagte Huke habe zugegeben, daß er fast täglich Botendienste nach der russischen Botschaft gemacht habe. Er habe aber angeblich nicht gewußt, was er nach der Botschaft gebracht habe. Aus den Aussagen des Zeugen zur Vernehmung der übrigen Angeklagten ist besonders zu entnehmen, daß sowohl der Angeklagte Meus wie auch Mörsner von der Tätigkeit der Gruppe gewußt haben müssen. Der Zeuge betont weiter, daß er von einer Spitzeltätigkeit der Angeklagten König und Diener nichts wisse und die beiden auch nicht als Spitzel verwendet habe. Der Zeuge gibt dann noch an, daß auch das Ehepaar Lesnise wenigstens zu einem Teil eingeweiht war.

Es werden dann von den Angeklagten dem Untersuchungsrichter verschiedene Fragen vorgelegt.

Die Verhandlung wird hierauf auf Mittwoch vormittag ½10 Uhr vertagt.

Eine Million Rundfunkteilnehmer.

Von Hans Tischert.

Nachdruck verboten.

In den eineinhalb Jahren seit Bestehen des deutschen Rundfunks haben sich nun eine Million Interessenten zusammengefunden, die allabendlich den Klängen eines Orchesters oder den Worten eines Redners lauschen. Der Rundfunk in Deutschland hat eine solche Verbreitung gefunden, wie wir es von keinem anderen Kultur- und Wirtschafts-Element kennen. Denken wir noch an die ersten Versuche des kleinen Berliner Voxhaus-Senders zurück, wo zuerst Gramophonplattenkonzert durch den Sender ausgestrahlt wurde. Hieran schlossen sich die Errichtungen weiterer Sender im ganzen Deutschen Reiche. Deutschland verfügt zur Zeit über eigene Sender in Berlin, Leipzig, Suttgart, Breslau, Königsberg, München, Hamburg, Dresden, Frankfurt und Münster, die allabendlich ihre eigenen Veranstaltungen ausstrahlen oder Konzerte, Opern aus den Sälen verbreiten. Welchen Platz der Rundfunk als Kultur- und Wirtschaftsfaktor einnimmt, wird einem erst dann klar, wenn man bedenkt, wie vielen es möglich gemacht wird, sich durch den Rundfunk zu bilden. Eine der größten Aufgaben der Sendegesellschaften ist es nicht nur, für das „tanzende Volk" für Unterhaltung und Zeitvertreib zu sorgen, sondern es werden auch äußerst lehrreiche Vorträge erster Persönlichkeiten gehalten. Jeder Rundfunkteilnehmer kommt zu seinem Recht. Der Finanzmann hört den Tendenzbericht der Börse, der Rennbahnjüngling die Rennberichte, und „unsere Kleinen" die Märchen der Funkprinzessin. Mit größter Spannung erwartet der Teilnehmer die Tagesereignisse. Rundfunk ist zur „Sprechenden Zeitung" geworden.

Seit geraumer Zeit werden verschiedene Sender paralell an die Staatsoper in Berlin angeschlossen. Der Rundfunkteilnehmer hört also klar und deutlich mit dem einfachsten Detektorapparat auf der „Leipziger Welle" die Darbietungen der Staatsoper.

Zwar nicht mehr ganz neu, aber äußerst interessant sind die Sendespielbühnen. Schauspiel und Drama im eigenen Hause. Was will man noch mehr?

Zwar ist mit dieser kurzen Aufzeichnung das Programm des Rundfunks nicht erschöpft. Der Rundfunk hat seit Bestehen und Eröffnung im Oktober 1923 einen Siegeslauf angetreten, der kaum zu beschreiben ist. Alles das haben wir neben der Industrie dem Begründer des Deutschen Rundfunks, Staatssekretär Dr. h. c. Bredow, zu verdanken. Im Oktober des vorigen Jahres, also nach einjährigem Bestehen, konnte man rund eine halbe Million Teilnehmer zählen. In der kurzen Zeit von einem halben Jahr hat sich die Zahl verdoppelt.

Die Unterhaltungskosten für den Betrieb der Sendeanlagen und die Honorare für die Künstler sind nicht gering. Die geringe Gebühr, die die Reichstelegraphenverwaltung für den Betrieb von Empfangsapparaten erhebt, reicht gerade dazu aus, die Unkosten zu decken.

Aber wieviel Schwarzhörer gibt es? Die Reichspostverwaltung nimmt jetzt ernstlich den Kampf gegen die Schwarzhörer auf. Die Nachsicht, die bisher noch geübt wurde, ist fallen gelassen worden. Wie berichtet wird, wurde ein Schwarzhörer in Hamburg mit 1500 Goldmark bestraft. Aehnliche Strafen wurden in Berlin, Breslau, Leipzig, Dresden und anderen Städten verhängt. In Breslau ist sogar ein Schwarzhörer mit Gefängnis bestraft worden.

Viele hundert Hände sind augenblicklich noch mit der Errichtung und dem Bau des 86 Meter hohen Funkmastes in Berlin beschäftigt. Dieser „Berliner Eiffelturm" soll dem Berliner Rundfunksender, der im Hause der Funkindustrie als 8 Kw.-Sender gebaut wurde, nutzbar gemacht werden. Schon im Sommer 1925 wird der Sender den ständigen Betrieb aufnehmen. Es ist damit zu rechnen, daß sich auch jetzt noch die Zahl der Funkliebhaber und Rundfunkteilnehmer vermehrt.

Radio ist eine deutsche Erfindung und hat in Deutschland auch weiteste Verbreitung gefunden.

•

Amerikanische Kinderheiraten.

Die Russel-Sage-Stiftung hat sich in der letzten Zeit eingehend mit dem Problem der Kinderheiraten in den Vereinigten Staaten beschäftigt und die erstaunliche Tatsache ans Licht gebracht, daß es 667 000 Amerikaner und Amerikanerinnen gibt, die bei ihrer Heirat noch nicht 16 Jahre waren. In 14 Staaten der Union beträgt das gesetzliche Mindestalter zum Heiraten für Mädchen 12 Jahre und für Knaben 14 Jahre. In all diesen Staaten sieht also einer Kinderheirat nichts im Wege, und diese Möglichkeit wird nach Kräften ausgenutzt. Dabei sind diese Kinderheiraten gerade in den Staaten möglich, in denen, wie in Newyork, New Jersey, Pennsylvanien, Maine, die Zivilisation ihren höchsten Stand erreicht hat. Der Leichtsinn, mit dem die Amerikaner beiderlei Geschlechts heiraten, ist ja sprichwörtlich, und dieser Leichsinn zeigt sich in der Tatsache, daß 11 Prozent aller amerikanischen Heiraten mit Scheidung enden.

Die Leichtigkeit des Heiratens ist ebenso groß wie die Leichtigkeit, sich scheiden zu lassen. Das einzige, was man zu einer Heirat braucht, ist eine Heiratserlaubnis, die sofort erteilt wird, wenn Braut und Bräutigam nachweisen, daß sie das gesetzmäßige Heiratsalter erreicht haben. Heiratsverkündigungen in Kirchen, Eintragungen ins Standesamtsregister finden nicht statt. Die Erlaubnis kann gegen Bezahlung von jedem städtischen Beamten erlangt werden, und der Spaß ist auch nicht teuer, er kostet meistens 2 Dollar. Irgendeine besondere Trauungsfeierlichkeit wird nirgends verlangt. Jede Person, die zur Trauung befugt ist, also alle öffentlichen Beamten, können die Paare überall zusammengeben, und wenn es schnell gehen soll, so kann man innerhalb fünf Minuten in demselben Büro Erlaubnis und Trauung erhalten. Die große Zahl von Kinderheiraten wird durch diese Verhältnisse begünstigt, und diese Ehen, die in so zartem Alter geschlossen werden, sind fast immer unglücklich. Die Braut heiratet meist nur, um der Aufsicht zu Hause zu entgehen; sie sucht nur Freiheit und keine Pflichten, und das muß gar bald zur Scheidung führen.

•

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250325-16/fragment/page=0006

Lokales.

Zur Reichspräsidentenwahl

gibt der Magistrat folgendes bekannt:

Die Reichspräsidentenwahl findet am Sonntag, den 29. März 1925, statt. Die Wahlzeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Die Stadt Merseburg ist in die 11 nachfolgenden Abstimmungsbezirke eingeteilt. Als Wahlvorsteher und Stellvertreter sind die als solche für jeden Abstimmungsbezirk angegebenen Personen bestimmt worden.

1. Abstimmungsbezirk.

Breite Straße, Brühl, Fischerstraße, Hüterstraße, Kreuzstraße, Kurze Straße, Mälzerstraße, Milchinsel, Mühlstraße, Oelgrube, Roßmarkt, Saalstraße, Tiefer Keller, Windberg.

Wahllokal: Stadtverordneten-Sitzungssaal, Burgstr. 1; Wahlvorsteher: Stadtverordneter Freiberger, Markt 26; Stellvertreter: Stadtverordneter Geske, Kloster 5.

2. Abstimmungsbezirk.

Apothekerstraße, Burgstraße, Entenplan, Gotthardtstraße, Gr. Ritterstraße, Halbmondstraße, Kl. Ritterstraße, Preußerstraße.

Wahllokal: Ratskeller, Burgstraße 1; Wahlvorsteher: Stadtrat Kohl, Hallesche Str. 6; Stellvertreter: Stadtverordneter Hirschfeld, Hälterstraße 38.

3. Abstimmungsbezirk.

An der Geisel, Hirtenstraße, Johannisstraße, Obere Breite Straße, Sand, Schmale Straße, Seitenbeutel, Vorwerk.

Wahllokal: Goldene Kugel, Obere Breite Straße 12; Wahlvorsteher: Stadtrat Wiegand, Vorwerk 1; Stellvertreter: Stadtverordneter Bassenge, Johannisstraße 10.

4. Abstimmungsbezirk.

Blumenthalstraße, Kleiststraße, Leunaer Straße, Manteuffelstraße, Nulandtstraße, Roonstraße, Sedanstraße, Weißenfelser Straße (einschl. Güterbahnhof, Schupokaserne).

Wahllokal: Casino, Leunaer Straße 4, Wahlvorsteher: Stadtverordneter Hauffe, Roonstraße 2; Stellvertreter: Landesamtmann Wilck, Roonstraße 6.

5. Abstimmungsbezirk.

Birkenweg, Bürgergarten, Eisenbahnstraße, Feldschlößchenweg, Gr. Sixtistraße, Gustav-Adolf-Straße (am Ende der Lauchstädter Straße), Kl. Sixtistraße, Lauchstädter Straße (einschl. Gustav-Adolf-Straße und Gut Ruschesfelde), Margaretenstraße, Naumburger Straße (einschl. Exerzierplatz), Sixtiberg, Vor dem Gotthardttor, Vor dem Sixtitor, Wagnerstraße.

Wahllokal: Herzog Christian, Weißenfelser Straße 1, Wahlvorsteher: Stadtrat Pohle, Lauchstädter Straße 22; Stellvertreter: Stadtverordneter Teller, Naumburger Straße 33.

6. Abstimmungsbezirk.

Am Bahnhof, Bahnhofstraße, Brauhausstraße, Dammstr., Domplatz, Domprobstei, Domstraße, Grüne Straße, Hälterstraße, Karlstraße, Marienstraße, Poststraße, Seffnerstraße, Schulstraße, Wilhelmstraße.

Wahllokal: Tivoli, Bahnhofstraße 3; Wahlvorsteher: Stadtrat Wenscheck, Friedrichstraße 3; Stellvertreter: Stadtverordneter Schäfer, Clobicauer Straße 1.

7. Abstimmungsbezirk.

Basedowstraße, Eckehardtstraße, Gerichtsrain, Haackestraße, Hallesche Straße, Lindenstraße, Trothaerstraße, Triebelstraße, Weiße Mauer (einschl. Baracken).

Wahllokal: Beths Gesellschaftshaus, Hallesche Straße Nr. 20/26; Wahlvorsteher: Stadtverordneten-Vorsteher Junker, Weiße Mauer 3; Stellvertreter: Stadtverordneter Wilck, Gerichtsrain 5.

8. Abstimmungsbezirk.

Annenstraße, Bismarckstraße, Blanckestraße, Brotuffstraße, Damaschkestraße, König-Heinrichstraße, Luisenstraße, Moltkestraße, Nordstraße, Ottoweg, Parkstraße, Roter Brückenrain, Reinefarthstraße, Roter Feldweg, Steinstraße, Tiethmarstraße.

Wahllokal: Deutscher Hof, Lauchstädter Straße 34; Wahlvorsteher: Stadtverordneter Krüger, Lauchstädter Straße 18; Stellvertreter: Stadtverordneter Schneemann, Damaschkestraße 48.

9. Abstimmungsbezirk.

Clobicauer Straße, Fliederweg, Friedrichstraße, Gartenstraße, Geusaer Straße, Gutenbergstraße, Pestalozzistraße, Preußenring, Rektor Blockstraße, Rosenweg, Teichstraße, Ulmenweg, Weidenweg.

Wahllokal: Funkenburg, Teichstraße 21: Wahlvorsteher: Stadtrat Eichardt, Gutenbergstraße 9; Stellvertreter: Stadtverordneter Zwarg, Teichstraße 73.

10. Abstimmungsbezirk.

Am Stadtpark, Christianenstraße, Georgstraße, Hohendorfer Weg, Kloster, Mühlberg, Ober-Altenburg, Rosenthal, Schiefweg, Schreiberstraße, Stufenstraße, Unter-Altenberg, Vor dem Klausentor, Weinberg, Winkel.

Wahllokal: Bergschlößchen, Unter-Altenburg 22, Wahlvorsteher Stadtrat Lehnert, Fliederweg 16; Stellvertreter: Stadtverordneter Stoebe, Unter-Altenburg 32.

11. Abstimmungsbezirk.

Am Neumarktstor, Amtshäuser, Kirchstraße, Krautstraße, Meuschauer Straße, Neumarkt, Obere Burgstraße, Querstraße, Werderstraße, Werder-Schleuse, Werder-Gut.

Wahllokal: Strandschlößchen, Kirchstraße: Wahlvorsteher: Stadtverordneter Brenner, Poststr. 5; Stellvertreter: Stadtverordneter Grimm, Roter Brückenrain 15.

Jeder Wähler muß in dem Wahlbezirk wählen, in dem er bei der letzten Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 gewählt hat. Die später zugezogenen wahlberechtigten Personen wählen in dem Bezirke, in dem sie sich hier polizeilich angemeldet haben. Wähler, die ihr Wahlrecht auf Grund eines Stimmscheines ausüben, können in einem beliebigen Wahlbezirke ihre Stimme abgeben. Stimmscheine werden noch bis Sonnabend, den 28. März 1925, mittags 12½ Uhr, im Rathaus, Zimmer 21, ausgestellt.

Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt und enthalten alle zugelassenen Wahlvorschläge. Jeder Stimmberechtigte hat bei der Stimmabgabe durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise den Anwärter zu bezeichnen, dem er seine Stimme geben will. Im Falle, daß der Stimmberechtigte keinem der vorgeschlagenen Anwärter seine Stimme geben will, muß er den Namen der Person, der er seine Stimme geben will, in das hierzu freigelassene Feld schreiben. Stimmzettel, die dieser Bestimmung nicht entsprechen, sind ungültig. Die Stimmzettel werden von einem Beisitzer am Vorstandstisch ausgegeben.

*

Ablieferung rückständiger Steuern. An schleunige Ablieferung der am 10. bezw. 15. März fällig gewesenen Gewerbesteuern und Grundstücksabgaben wird erinnert. Nicht gestundete Steuerbeträge müssen mit Rücksicht auf den bevorstehenden Jahresabschluß nach Ablauf der Schonfrist zwangsweise auf Kosten der Steuerpflichtigen beigetrieben werden.

Der 54. Kursus der kreisl. landwirtschaftl. Schule erreichte am 20. März sein Ende. Zur Schlußfeier hatten sich außer der Eltern der Schüler vom Kuratorium eingefunden: die Herren Oekonomierat Kratz, Rittmeister Beyling und Gutsbesitzer Zeitz. Nach kurzem Begrüßungswort des Direktors Heim wurde geprüft in Düngerlehre (Landwirtschaftslehrer Stöhr), Betriebslehre und Steuerwesen (Direktor Heim), Raumlehre (Lehrer Schütter) und in Erdkunde (Mittelschullehrer Reuschert). Nach herzlichen Abschiedsworten und guten Ratschlägen für die Praxis wurden die Schüler entlassen.

Großgüterwagen auf der Reichsbahn. Die Güterwagen der deutschen Eisenbahnen haben seit langen Jahren eine einheitliche Größe. Sie war mit Rücksicht auf die Beförderung von Truppen im ganzen Reich vorgeschrieben. Jedermann kennt die alte Aufschrift: 40 Mann, 6 Pferde. Ein Betrieb mit Großgüterwagen, wie er in Amerika üblich ist, war bisher nicht möglich. Die Reichsbahn will aber jetzt dazu übergehen. Natürlich ist sie in der Hauptsache nach wie vor auf den vorhandenen Wagenpark angewiesen. Die Einführung dürfte somit nur sehr langsam vor sich gehen. Auch müssen entsprechend schwere Lokomotiven beschafft und der Oberbau demgemäß verstärkt werden. Der neue einheitliche Reichsoberbau, dessen Einführung vorgesehen ist, nimmt hierauf bereits Rücksicht, Der künftige Reichsoberbau auf Eisenschwellen liegt in seinen wesentlichen Formen bereits fest. Er beruht auf dem badischen Eisenschwellenoberbau, der sich in vieljährigem Betrieb durch Lebensdauer ausgezeichnet hat. Daneben soll eine zweite Oberbauform erprobt werden, die in Oldenburg ausgebildet worden ist. Auch die Ausbildung des Reichsoberbaues auf Holzschwellen ist vorbereitet.

Strengere Beaufsichtigung der Lotterien. Die Geld- oder Wertlotterien nehmen neuerdings so überhand, daß die Genehmigungsbehörden jetzt angewiesen werden, sie nur noch insoweit zuzulassen, als eine ordnungsmäßige Durchführung nach der Lage des Lotteriemarktes vollauf gewährleistet erscheint. Sie dürfen nur Organisationen erteilt werden, die durch ihre Zusammensetzung, ihre Leiter und Leistungen Bürgschaften für eine geordnete gemeinnützige Arbeit bieten. Insbesondere sollen erprobte Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege und notleidende kulturelle Zwecke gefördert werden, insbesondere auch die Erhaltung wertvoller Kunst- und Naturdenkmäler. Losbrieflotterien, bei denen nach dem im Umschlag verkauften Los der Gewinn alsbald festgestellt werden kann,. dürfen nicht genehmigt werden, da sie keine genügende Sicherheit gegen unlautere Machenschaften bieten.

Mitwirkung der Handelskammern bei der Sonntagsruhe. Eine Mitwirkung der Handelskreise bei der Bewilligung von Annahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe empfiehlt eine Verfügung des Handelsministers an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin. In den Richtlinien dafür ist eine Stellungnahme der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie der kirchlichen Behörden vorgesehen. Selbstverständlich wäre, daß auch die Industrie- und Handelskammern als die amtlichen Vertretungen von Handel und Industrie gehört werden. Auf einen Wunsch der Industrie- und Handelskammern weist aber er hierauf nochmals besonders hin.

Brieftelegramme im Verkehr mit Oesterreich. Seit kurzem ist der Brieftelegrammverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich zugelassen. Die Gebühr ist auf die Hälfte der gewöhnlichen Telegrammgebühr bemessen und für mindestens 20 Worte zu bezahlen. Die Brieftelegramme sind vor der Anschrift mit dem gebührenpflichtigen Vermerk: „LT“ zu versehen. Andere Vermerke und abgekürzte Anschriften sind untersagt, ausgenommen Bestellvermerte wie postlagernd, bahnlagernd usw. Eine Gebührenerstattung ist ausgeschlossen; sonst gelten die gleichen Bedingungen wie für den innerdeutschen Brieftelegrammverkehr.

Aufwertung deutscher Vermögen in Polen. Der Deutsche Ostbund teilt über die Aufwertung deutscher Vermögen in Polen mit: Wir weisen die zahlreichen Interessenten darauf hin, daß Forderungen privatrechtlicher Natur, die deutsche Gläubiger an Schuldner in Polen haben, zur Aufwertung nicht angemeldet zu werden brauchen. Neuerdings durch die Presse gegangene Notizen, in denen behauptet war, daß die Anmeldung bis zum 31. März 1925 erfolgen müsse, sind falsch. Ebenso ist die Behauptung falsch, daß alle Forderungen an den polnischen Staat aufgewertet würden. Ansprüche gegen den palnischen Staat werden zurzeit nur dann aufgewertet, wenn sie privatrechtlicher Natur sind. Oeffentlich rechtliche Ansprüche gegen den polnischen Fiskus (z. B. der Anspruch auf Rückzahlung der entrichteten Abwanderersteuern) werden zur Zeit noch nicht aufgewertet. Es ist zu hoffen, daß durch direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen die Frage der Rückzahlung der Abwanderersteuer und die Schadloshaltung derer, die sie haben entrichten müssen, geregelt wird.

Pachtschutzfragen. In Pachtschutzsachen hat das Kammergericht verschiedene bemerkenswerte Rechtsentscheide gefällt. Wenn der Verpächter dem Pächter durch den Pachtvertrag zugleich mit dem Grundstück das dazugehörige Inventar überlassen und sich eine Verzinsung des Schätzungswerts ausbedungen hat, so ist das Pachteinigungsamt auch zur Aenderung dieser Verzinsung zuständig. Hat der Verpächter die Erhöhung des Pachtzinses rechtzeitig beantragt, so kann er während des Verfahrens eine Erhöhung der Verzinsung fordern. Die örtliche Zuständigkeit des Pachteinigungsamts kann durch Vereinbarung der Parteien nicht begründet werden. Auch der Antragsteller kann mit der Rechtsbeschwerde die örtliche Unzuständigkeit des von ihm angerufenen Pachteinigungsamtes rügen.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Die Schuld des Roten Frontkämpferbundes in Halle.

Ueber die blutigen Vorgänge im „Volkspark“ in Halle sind bisher ohne Ansehen der Parteistellung 120 Zeugen vernommen worden. Dabei ergab sich auch durch Aussagen kommunistischer Teilnehmer, daß die vielen Verletzungen, die vorgekommen sind, hauptsächlich darin ihre Ursache haben, daß der Rote Frontkämpferbund die Saaltüren versperrt und die Besucher, die sich bei der ersten Aufforderung des Polizeioffiziers zur Räumung des Saales fortbegeben wollten, nicht hinaus gelassen hat. Ferner wurde durch die Zeugenaussagen einwandfrei festgestellt, daß die Polizei erst dann die Waffe zog, als ein Bombardement vonKaffeetassen und Bierseideln auf sie herniederging.

Halle, 24. März. Der neue Polizeipräsident Oexle hat gestern, Montag, seinen Dienst angetreten. Die offizielle Einführung wird in den nächsten Tagen unter Anwesenheit des Regierungspräsidenten Grützner und des Oberbürgermeisters Dr. Rive stattfinden. — In nächster Zeit wird die bereits seit 1914 geplante Renovation der Ulrichskirche in Angriff genommen. Während dieser Zeit wird die Ulrichskirche geschlossen bleiben.

Halle, 24. März. Von einem Straßenbahnwagen erfaßt wurde Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr ein junger Mann, als er einem Auto ausweichen wollte. Er wurde zu Boden geschleudert und ein Stück mitgeschleift. Mit Hautabschürfungen, leichten Verrenkungen und einem zerfahrenen Hut kam er davon.

Halle, 24. März. Die feierliche Einweihung der neuen Glocken der Kirchengemeinde Halle-Cröllwitz wurde am Sonntag vollzogen.

Aus dem Reiche.

Aus der Reichshauptstadt.

Die Spritschieber Weber ausgeliefert. Die beiden großen Spritschieber, die Gebrüder Weber und Dr. Kantrop, ihr Sekretär, deren Auslieferung von der tschechoslowakischen Regierung bewilligt worden ist, wurden Sonnabend von Kriminalbeamten aus Prag abgeholt und nach Moabit in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

Die Riesenunterschlagungen auf Postamt W. 9 vor Gericht. Das Schöffengericht Berlin Mitte verurteilte den Oberpostsekretär Berthold Fischer auf Postamt W 9 in der Angelegenheit der Riesenunterschlagungen wegen schwerer Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung zu insgesamt 1½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust.

Wieder eine verhängnisvolle Schwarzfahrt. Der Chauffeur Albert Schröder in Berlin unternahm in der Nacht zum Sonntag mit dem Wagen seiner Dienstherrschaft in angetrunkenem Zustande eine Schwarzfahrt. Zuerst rannte er mit seinem Wagen mit einer Pferdedroschke zusammen. Ein Schutzpolizist versuchte den Chauffeur festzustellen, Schröder wollte flüchten und überfuhr den Schutzpolizisten. Auf dessen Hilferufe eilten mehrere Personen hinzu. Einer sprang auf eine Kraftdroschke und nahm die Verfolgung auf. An der Stechbahn fuhr Schröder abermals mit einer Kraftdroschke zusammen, die so schwer beschädigt wurde, daß sie abgeschleppt werden mußte. Jetzt erst gelang es den Chauffeur zu verhaften.

Raubüberfall im Vorortzuge. Eine Frau wurde in einem Abteil des Vorortzuges auf der Fahrt von Rangsdorf nach Dahlwitz von einem Reisenden überfallen, ihrer Handtasche mit Inhalt beraubt und am Halse gewürgt. Auf ihre Hilferufe sind Leute aus dem Nachbarabteil zu Hilfe gekommen. Beim Erscheinen derselben sprang der Täter aus dem fahrenden Zuge ohne ermittelt werden zu können.

Wieder ein flüchtiger Geschäftsmann. Wegen Wechselschwindels und Unterschlagung wird ein russischer Kaufmann, der 30 Jahre alte aus Kiew gebürtige Boris Makohon-Maykohn von der hiesigen Kriminalpolizei gesucht. Maykohn, der im Berliner Edenhotel wohnte und in der Schützenstraße eine Fellhandlung betrieb, kaufte bei Berliner und auswärtigen Handlungen viel ein und zahlte meistens, wie das jetzt häufig geschieht, mit Wechseln und Schecks, für die keine Deckung vorhanden war. Zuguterletzt unterschlug er auch noch für 10 200 Mark Felle.

*

Blutige Sprengung einer sozialdemokratischen Wahlversammlung durch Kommunisten.

Die Sozialdemokratische Partei Duisburg hatte am Sonntag nach Walsum bei Hamborn eine Wahlversammlung einberufen, in der Landtagsabgeordneter Schluchtmann sprechen sollte. Als der Redner beginnen wollte, gab ein Kommunist das Signal zur Sprengung der Versammlung. Von außen drängte ein Trupp Roter Frontkämpfer in den Saal ein. Als die am Saaleingang stehenden Sozialdemokraten sich wehrten, gingen die Kommunisten mit brutaler Gewalt vor und bombardierten die Versammlungsteilnehmer mit Stühlen, Biergläsern und Stöcken. Es entstand eine ungeheure Panik, sodaß viele Personen schwer verletzt wurden. Der Versammlungssaal bildet ein Trümmerfeld, in dem nicht ein Tisch oder Stuhl ganz geblieben ist.

Magdburg. Vom Dache stürzte sich die nervenkranke Ehefrau Dorothee W. auf den Hof und erlitt außer Kopf- noch innere Verletzungen. Die Unglückliche wurde dem Krankenhause Sudenburg zugeführt.

Altenburg. Die verheiratete Schauspielerin Leonore Gerwan, die am hiesigen Landestheater im Fache der Charakterdarstellerin angestellt war und früher am Stadttheater in Leipzig wirkte, ist unter Vergiftungserscheinungen in das Krankenhaus eingeliefert worden, wo sie zwei Tage danach verstarb. Es wurde festgestellt, daß sie eine tödlich wirkende Dosis Veronal in Tablettenform genommen hatte. Die Künstlerin, ein starkes Talent, wurde hier wegen ihrer Leistungen sehr geachtet.

Bebra. Der Mord an dem Briefträger bei Raboldshausen ist jetzt aufgeklärt. Dadurch, daß der Mörder durch den des Weges kommenden Metzger Rudolf aus Remsfeld überrascht wurde, konnte innerhalb kürzester Zeit die Spur aufgenommen werden. Der Mörder ist ein 22jähriger Elektrotechniker Ambrosius aus Frankenberg an der Eder. Er war bei der Anlegung elektrischer Leitungen beschäftigt und wohnte in Aua. Den ermordeten Landbriefträger und dessen Braut hat er gut gekannt. Es handelt sich, wie jetzt als festgestellt angenommen werden darf, nicht um einen eigentlichen Raubmord, sondern um ein Eifersuchtsdrama. Der Mörder wurde nach Raboldshausen überführt, wohin man auch die Leiche gebracht hatte, in deren Angesicht er die Tat gestand.

Bebra. Ein Raubmord ist zwischen Rappoldshausen und Untergeis (Krs. Hersfeld) an einem Landbriefträger von einem 22jährigen Landstreicher verübt worden. Der Landstreicher schlug den Briefträger mit einem Knüppel über den Kopf, so daß dieser zusammenbrach. Nachdem er dann den Besinnungslosen mit einem Taschenmesser ermordet hatte, raubte der Verbrecher dem Briefträger seine Amtsgelder im Betrage von 78 Mk. Der Täter wurde noch am selben Tage in Sterckelshausen (Krs. Rotenburg a. F.) von den Landjägern unter großen Schwierigkeiten festgenommen.

Cassel. Das Schwurgericht verurteilte den 20jährigen Bergarbeiter Ed. Goßmann aus Denz im Kreise Rotenburg a. d. Fulda, der am 27. Februar in angetrunkenem Zustand zwei Söhne eines Hofnachbars auf der Hochzeit ihres Bruders erschossen hatte, zu einer Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Bremen. Stapellauff eines Lloyddampfers. Am Dienstag, dem 24. März. läuft auf der Werft des Bremer Vulkan in Vegesack bei Bremen der Doppelschrauben-Personen- und Frachtendampfer „Berlin“ (15 000 Brutto-Registertons) des „Norddeutschen Lloyd“ von Stapel. Die Taufrede wird Oberbürgermeister Dr. Böß halten. Die Taufe wird Frau Dr. Böß vornehmen.

Breslau. Ein polnischer Spion stand vor dem Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts Der 24jährige Josef Schrube aus Roßberg bei Beuthen-Oschl. war am 16. April 1924 im Auftrage des polnischen Spionagebüros nach Glogau gefahren, wo er sich an einen dortigen Soldaten heranmachte, dem er viel Geld versprach, wenn er ihm Geheimpläne über die dortige Garnison und andere Schriftstücke beschaffen würde. Er fragte ihn auch über die Glogauer Militärverhältnisse aus und machte sich verschiedene Notizen. Der Soldat ging scheinbar auf alles ein, verlangte aber bald die Verhaftung des Spions. Hierauf bot Schrube dem Soldaten Geld an, wenn er ihn laufen lassen würde. Der Strafsenat verurteilte den Angeklagten zu 6 Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von 300 Mark.

Breslau. Schlechter Abschluß einer Reifeprüfung. Bei der Reifeprüfung an der Breslauer Bender-Oberrealschule konnte von sechs Oberprimanern, die in das Examen eintraten, keinem das Zeugnis der Reife zugesprochen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250325-16/fragment/page=0007

Aus aller Welt.

— **Aushebung einer Fälscherwerkstatt.** Der Wiener Polizei ist es gelungen, die Fälscherwerkstatt, in der die falschen Oweag-Aktien hergestellt wurden, in der Wohnung eines Photographen namens Krottenmayer zu ermitteln, der im Januar dieses Jahres wegen Fälschung von Aktien der Oesterreichischen Kreditanstalt verhaftet worden war. Da Krottenmayer erwiesenermaßen mit einem ehemaligen Beamten der Oweag (Oberösterreichische Wasserkraft A.-G.) verkehrte, nahm man aufs neue eine Haussuchung vor, die dann die Platten für die gefälschten Oweag-Aktien zutage förderte.

— **Verurteilung italienischer Bilderdiebe.** Das Gericht **in Lucca verurteilte** 16 Künstler, Kunsthändler und deren Helfershelfer, die eine große Anzahl alter Gemälde, Skulp**turen und wertvoller Kulturgeräte aus den Kirchen** Toskanas gestohlen hatten, zu längjährigen Freiheitsstrafen. Der Hauptbeteiligte, der Maler Emilio Carabbi, wurde **in contumaciam zu acht** Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei einem der verurteilten Kunsthändler wurde ein Gemälde van Dyks im Werte von mehreren Millionen beschlagnahmt.

— **Starker Schneefall in Frankreich.** Aus großen Teilen Frankreichs wird andauernder starker Schneefall gemeldet. In Brest machte eine dichte Schneedecke den Verkehr sehr **schwierig.** Auch in der Normandie ist reichlicher Schnee gefallen. Ein Tagelöhner wurde erfroren auf**gefunden.**

— **Absturz eines brennenden Flugzeuges.** Ein von Tiflis nach Suchum fliegendes Flugzeug geriet unweit Tiflis in Brand und stürzte ab. Dabei sind ums Leben gekommen: Miaßnikow, Mitglied des Präsidiums des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion und Mitglied des Kriegsrats der Union, Vizepräsident des Volksrats der Transkaukasischen Förderation, ferner Mogilewski, Vorsitzender der außerordentlichen Kommission Transkaukasiens, und Atarbekow, Bevollmächtigter der Post- und Telegraphenkommission der Sowjet-Union für Transkaukasien, außerdem zwei Flieger Spiel und Sagoradse. Die verunglückten Mitglieder der Transkaukasiischen Regierung hatten sich im Flugzeuge nach Suchum begeben, um an der Eröffnung des Sowjetkongresses der Republik Abschasien teilzunehmen. In Transkaukasien ist eine viertägige Trauer verkündet. worden.

— **Explosionen unter dem Straßenpflaster.** Im Westen Londons ereigneten sich unter dem Pflaster einer Straße sechs Explosionen, die dadurch entstanden sind, daß infolge Kurzschluß elektrischer Leitungen das Gas in den Gasrohren explodierte. Das Plaster wurde aufgerissen und dabei mehrere Personen verletzt.

— **Ein englischer Dampfer gestrandet.** Der englische Dampfer Maßlian (5156 To. groß) ist im Roten Meer auf der Höhe von Sudan gestrandet. Die Passagiere sind gerettet.

— **Das Grubenunglück in Westvirginia.** In Fairmouth sind von den verschütteten Grubenarbeitern 16 lebend geborgen worden. Man befürchtet jedoch, daß die übrigen nicht mehr werden gerettet können. Ueber ihr Schicksal ist vorläufig nichts bekannt.

— **Gehobener Schatz.** Bei Kotscherinow fanden Bauern einen Schatz im Gewichte von 20 Kilogramm, der neben anderen Kostbarkeiten zwei goldene Kronen enthielt.

— **Ein Kindersterben.** Eine Epidemie von Kinderlähmung hat in Wellington (Neuseeland) zahlreiche Opfer gefordert. Alle Schulen sind bereits seit Weihnachten geschlossen und in ganz Neuseeland dürfen Kinder nur mit besonderer Erlaubnis Reisen unternehmen. Für die ersten zwei Monate des Jahres weist die Statistik 127 Todesfälle infolge Kinderlähmung auf.

— **Gedenkfeier für die Toten der amerikanischen Wetterkatastrophe.** Auf den Plätzen der Stadt Murphysborough, welche am meisten unter dem wütenden Tornado zu leiden hatte, fand ein feierlicher Gottesdienst für die bisher festgestellten Toten der Wetterkatastrophe statt. Man glaubt, daß sich noch einige Leichen unter den Trümmern befinden. Die Zahl der in den Krankenhäusern eingebrachten Verletzten beläuft sich auf 2932, von denen noch zahlreiche in Lebensgefahr schweben. Es wird vier Monate dauern, bis die Häuser wieder aufgestellt sind. Einstweilen sind an Stelle der zerstörten Ortschaften Zeltstädte entstanden. Aus Chicago sind weitere Aerzte und Pflegepersonal abgegangen, um drohenden Epidemien vorzubeugen. Die Sammlungen für die Notleidenden haben auf die von den Kanzeln und durch Rundfunk ergangenen Aufrufe allein in Chicago mehr als eine Million Dollar ergeben.

— **Der Schaden des Tornados.** Nach den ersten offiziellen Schätzungen hat das Unwetter in den Vereinigten Staaten einen Schaden von 11 Millionen Dollar verursacht. Allein im Staate Illinois wird der Schaden auf 3 Millionen Dollar geschätzt. Ungefähr 15 000 Personen sind obdachlos. Es wurde Militär herbeigezogen, um die Toten zu bestatten.

—**Zugzusammenstoß in Amerika.** In New Orleans ereignete sich ein schwerer Zugzusammenstoß, bei dem 13 Personen umkamen und sieben weitere verletzt wurden.

Bunte Zeitung.

Neues Leben auf Krakatau. Der holländische Forscher Dr. Dammermann vom Museum in Buitenzorg (Java) hat sich studienhalber auf der Insel Krakatau in der Sundastraße zwischen Java und Sumatra aufgehalten, die im Jahre 1883 von der gewaltigsten vulkanischen Explosion heimgesucht wurde, die die Geschichte kennt. Glühende Asche in Höhe von 60 Metern wälzte sich damals über das Land und zerstörte alles Leben. Nach langen Jahren der Oede siedelten sich zuerst wieder Pflanzen an, und heute findet man dort Graswiesen, Fruchtbäume und Waldbestand. Die Tierarten, die sich nach und nach auf dieser Insel des Todes wieder eingefunden haben, sind ebenso zahlreich wie vor der Katastrophe. Es handelt sich in erster Linie um Tiere, die des Fliegens mächtig sind. Man nimmt an, daß die in jenen Gegenden sehr starken Windströmungen die neuen Lebewesen dorthin geführt haben. Von Zeit zu Zeit wurden statistische Erhebungen über das tierische Leben auf der Insel aufgestellt, wobei im Anfang nur wenige Sorten, aber von jeder Sorte eine beträchtliche Anzahl von Individuen ermittelt wurden. Von der Gesamtzahl der angesiedelten Tiere sind 81 Prozent geflügelt. Bis 1908 konnte noch kein einziges flügelloses Tier verzeichnet werden. 1921 trat plötzlich die Hausratte in Erscheinung und vermehrte sich ungeheuer. Auch Schlangen sind schon gesichtet worden, von denen man vermutet, daß sie schwimmend die Insel erreicht haben. 1921 gab es auf Krakatau 11 verschiedene Sorten ungeflügelter Insekten, vier Sorten Tausendfüßler und 73 Sorten Spinnen. Großes Erstaunen erregte die Ansiedlung einiger Landschalentiere, Weichtiere und Regenwürmer, für deren Zuwanderung man keine Erklärung fand. Man nimmt an, daß vielfach Treibholz das Beförderungsmittel für die neuen flügellosen Ansiedler gewesen ist. Naturwissenschaftlich besonders interessant ist die Tatsache, daß namentlich unter den Insekten sich auf der Insel völlig neue Spielarten gebildet haben.

Der Nähnadelbaum. Bei Schummerlicht oder wenn die Sehschärfe nachgelassen hat, müssen die armen Europäerinnen manchen harten Kampf ausfechten, ehe sie die oft mit heimtückisch kleinen Oehren versehenen Stahlnähnadeln eingefädelt haben. In Neuseeland ist die Sache einfacher; da wächst ein Baum, der, wenn er das hiesige Klima vertrüge, sicherlich längst zu den gepflegtesten Bewohnern unserer Gärten gehörte, denn er liefert Nähnadeln gebrauchsfertig mit Fäden ausgerüstet. Am Ende jedes seiner Zweige sitzt nämlich ein Dorn, dünn und spitzig wie eine Nähnadel. Wenn man diesen Dorn ausreißt, so zieht er einen langen, sehr widerstandsfähigen Faden mit sich, so daß ohne Umstände mit dem Sticheln begonnen werden kann. Die Eingeborenen, denen dieser freigebige Baum außerdem noch breite Blätter für ihre Hüttendächer gewährt, benutzten von jeher als etwas Selbstverständliches diese Naturnadeln, ohne sich ihrer Bevorzugung vor anderen Völkern bewußt zu werden, bei denen sich um das mühselige Einfädeln so manches großmütterliche Leid spinnt.

Was Feuer vernichtet. Obwohl die Vereinigten Staaten von Amerika eine hervorragend organisierte Feuerwehr besitzen, ist der Schaden, der durch verhältnismäßig zahlreiche Brandfälle jährlich entsteht, ungeheuer groß. So hatte Brooklyn Ende Januar an einem Tage 40 Brandfälle zu verzeichnen, deren Gesamtschaden sich auf 124 000 Dollar belief. Interessante Zahlen veröffentlicht ein Bericht des „National Board of Fire Underwriters". In 5 Jahren wurden etwa $2^1/_2$ Milliarden Dollar an Sachwerten vernichtet. Im Jahre 1923 beträgt der Brandschaden 535 Millionen Dollar. Forscht man nach den Ursachen, so zeigt sich, daß Fahrlässigkeit eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Die Statistik ergibt, daß nahezu 30 Millionen Dollar des 1923 entstandenen Schadens durch unvorsichtig weggeworfene brennende Streichhölzer, Zigaretten- bezw. Zigarrenstummel, entstanden sind.

Jazz-Bands Ende. Eine Newyorker Radiostation gab ihren Hörern Kenntnis, daß der amerikanische Jazz-Band-Rummel, der die ganze Welt infiziert und manchen Freund edler Musik zum Rasen gebracht hat, im Aussterben begriffen ist. Umfragen im ganzen Lande bestätigen, daß diese geräuschvollste aller Psychosen tatsächlich einem sanften Ende entgegengeht. Aendern sich die Zeiten, ändern sich die Sitten. Noch vor zwei Jahren sollen sich die amerikanischen Radio-Teilnehmer in solchem Zustande chronischer Jazz-Sucht befunden haben, daß sie drei Viertel der gebotenen „Musik" als Jazz-Melodien verlangten. Vielleicht ist dieser Umschwung weniger auf eine Geschmackswendung als auf massenhaft auftretende Trommelfell-Kontusionen zurückzuführen.

Turnen, Spiel und Sport.

S.V. Großkayna 1 — V.f.L. Merseburg Reserve 2:3 (1:2). Kayna 1 hatte am Sonntag V.f.L Reserve im Rückspiel auf ihrem Platze und verlor dem Spielverlauf nach verdient, denn Merseburg war technisch und taktisch besser. Einige Spieler mußten sich klar sein, daß sie nicht zum Verbandsspiel erschienen waren, derartige Ausfälle dienen dem Sport auf dem Lande, der doch sowieso mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, bestimmt nicht. Einen großen Teil Schuld trug auch der Schiedsrichter, welcher in der ersten Halbzeit nicht energisch durchgriff, und in der zweiten Halbzeit war es zum Eingreifen zu spät, bezw. brachte er dann durch sofortiges Herausstellen noch eine größere Erbitterung unter die Spieler. — Kayna Jun. gegen Neumark Jun. 4:1.

Leichtathletik.

Recht schöne Erfolge brachte Kayna vom Frühjahrswaldlauf in Merseburg mit nach Hause. Wenn es auch keinem der Teilnehmer gelang, einen 1. Platz zu belegen, so konnten doch von 9 Gestarteten 5 sich plazieren und auch den 1. Mannschaftspreis in Gruppe B erringen. In der Jugendgruppe 07/08 kam der talentierte Stiller nur auf den 3. Platz, trotzdem er 660 Meter vor dem Ziel noch in Führung lang. Auch in der „Alten Herren-Klasse" belegte Arnold den 3. Platz hinter tSranski-Wacker. Die B-Klasse war die erfolgreichste. Alle 5 Gestarteten kamen in kurzen Abständen durchs Ziel, so Kayna zum 1. Mannschaftspreis verhelfend. Bei etwas Training würden bestimmt bessere Leistungen erzielt werden. Hoffentlich wird auf der jetzt fertiggestellten 400 Meter-Aschenlaufbahn fleißig trainiert, die Erfolge werden dann nicht ausbleiben.

Ortswettkampf Groß-Lehna — Kötschau — Spergau.

Am Sonnabend den 28. d. M., findet in Spergau im Gasthofe „Zur Linde" ein rOtswettkampf im Geräteturnen zwischen den Ortschaften Groß-Lehna, Kötschau und Spergau statt. Der Wettkampf wird nach dem Muster der Städtewettkämpfe ausgeführt. Die genannten Orte stellen eine Mannschaft von je 6 Mann. Jeder Turner hat eine selbstgewählte Uebung an Reck, Barren und Pferd, sowie eine Kürfreiübung auszuführen. Gewertet wird nach den Bestimmungen der Deutschen Turnerschaft von 2 Kampfrichtern, welche der Turnverein Neu-Rössen stellt. Da die Vereine sich in diesem Kampfe zum ersten Male gegenüberstehen, ist der Ausgang desselben noch ungewiß.

Handel und Verkehr.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 24. März. Die aus Nordamerika gemeldete neuerliche Steigerung der Preise für Brotgetreide, namentlich für Roggen, hatte auf die Haltung von Weizen und Roggen auch hier befestigend gewirkt, Während Weizen mit Rücksicht auf den sehr schlechten Mehlabsatz nur verhältnismäßig geringe Beachtung fand, zeigte sich für Roggen, der aus der Provinz nur in kleinen Mengen zu erhöhten Preisen angeboten war, recht lebhafter Begehr zur Deckung fälliger Verbindlichkeiten. Hafer hatte ruhiges Geschäft bei wenig veränderten Preisen. Für Gerste fehlte Kauflust, auch Mais wurde nur in verschwindend kleinen Mengen erworben, Hochwertige Futterstoffe notierten etwas höher und standen für den mäßigen Bedarf ausreichend zur Verfügung. Delsaaten behauptet bei kleinen Umsätzen. Im handelsrechtlichen Lieferungsverkehr war die Haltung unter Schwankungen fest auf Deckungs- und Meinungskäufe.

Berliner Produktenpreise.

Berlin, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Amtlich wurden notiert (Getreide- und Delsaaten per 1000 kg sonst per 100 kg in Goldmark):

Weizen märk. 248—251, Roggen märk. 230—234, Sommergerste märk. 225—246, Futtergerste 205—224, Hafer märk. 183—190, Weizenmehl 32,75—35,50, Roggenmehl 31,50 bis 33,75, Weizenkleie 13,80—14,00, Roggenkleie 14,40 bis 14,50, Raps 395, Leinsaat 390—400, Viktoriaerbsen 22,00 bis 29,00, kleine Speiseerbsen 18,00—20,00, Futtererbsen 18,00—19,00, Peluschken 18,00—19,00, Ackerbohnen 19,00 bis 20,00, Wicken 18,50—20,00, Lupinen blaue 11,00 bis 12,00, Lupinen gelbe 13,50—15,50, Seradella 13,00 bis 15,00, Rapskuchen 15,30—15,60, Leinkuchen 21,20—21,70, Trockenschnitzel 9,80—10,00, Torfmelasse 9,00—9,10, Kartoffelflocken 18,90—19,10.

Berliner Kartoffelpreise.

Berlin, 24. März. Die Berliner Notierungskommission für Kartoffeln notierte folgende Preise für 50 kg: Für weiße Speisekartoffeln 2 M., für rote 2,20 M. und für gelbfleischige 2,90 M.

Leipziger Produktenmarkt.

Leipzig, 24. März. Weizen inländ. 238—248, feuchter unter Notiz, Roggen inländ. 238—248, feuchter unter Notiz, Gerste Sommer inl. 235—275, do. Wintergerste 215—235, Hafer inländ. 175—215, feuchter unter Notiz, Mais amerik. 200—220, Raps 370—400, Erbsen 210—250.

Die Preise verstehen sich für 1000 Kilo netto für Ware, prompt Parität frachtfrei Leipzig in Reichsmark.

Effektenkurse.

(mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg)

Berliner Börse vom 24. März 1925.*)

Anleihen	
Dollar Schätze	91,75
kl. Goldanleihe	100,—
gr. "	94,75
4 % Dt. Reichsanl.	0,69
5 % dto.	0,83
4½ % dto.	0,83
3 % dto.	1,11
4 % Preuß. Consols	0,96
3½ % dto.	0,96
3 % dto.	0,95
Sächs. land. Pfdbr.	—
Meining. Hyp. 1/17	6,70
Pß. Bodkrd. 3—29	6,40
Oestr. Gold 10./19	—
Ungar. Gold 7/19	9,30
Ungar. Kr. R. 6/19	1,20
5% Neckar A. G. 21	—
Rhein Main Donau	0,16
Schl. Holst. El v. 21	0,28
4½ % A E. G. 9	1,40
Bad. Anilin v. 19	5,65
Höchster Farben 19	4,—
Aktien	
Schiffahrts-Aktien	
Hamburg Amerika	86,50
Hansa Dampf.	12⅛
Nordd. Lloyd Akt.	3,75
Verein. Elbeschiff.	3,—
Bank-Aktien	
Bank elektr. Werte	5,50
Bank f. Brauind.	1,90
Berl. Hand G.(100)	167,25
Com. u. Priv. Bk.	108,50
Darmst. u. Nat. Bank	137,50
Deutsche Bank (60)	134,25
Disk. Com. Ant. (40)	125,75
Dresdner Bank	114,75
Halle Bankverein	1,90
Leipziger Cred. Anst.	100,—
Reichsbank Anteile	150,50
Sächsische Bank	59,60
Wien. Bkv. (M p. St)	6,—

Brauereien	
Engelhardt-Brauer.	97,25
Schulth. Patzenhof	96,10
Leipzig Riebeck	18,80
Industrie-Aktien	
Aachener Spinnerei	0,40
Accumulatoren	131,50
Agfa	28,—
Allg. Berl. Omnibus	18,3
A. E. G.	11,60
Ammendorf Papier	7,25
Anhalter Kohlen	32,25
Aschaffenburg Pap.	107,—
Bad. Anilin (120)	148,—
Baroper Walzwerke	36,3
Bedburger Wolle	9,10
Bochum Guß	82⅜
Busch opt. Industr.	96,60
Charlottenb. Wasser	36,75
Chem. Heyden	3¾
Chem. Ind. Gelsenk.	111,—
Dessauer Gas	40,7
Dtsch. Erdöl	58⅝
Dynamit Nobel	109,25
Eilenburger Cattun	29,0
Elberfelder Farben	28,—
Eschweiler Bergw.	145,—
Fahlberg List	4,8
Fraustädter Zucker	13,40
Gelsenk. Bergwerk	82,1
Genthiner Zucker	1,80
Ges. f. el. Unter. (100)	133⅝
Glauziger Zucker	24,1
Görlitzer Waggon	4,5
Hamb. El. Wk. (100)	91,5
Harpener Bergwerk	140,—
Hirsch Kupfer (150)	122,75
Höchster Farben	28⅛
Ilse Bergbau	29⅞
Jüdel & Co.	6¾
Kahla Porzellan	9,50
Kirchner & Co.	28,5
Koehlmann Stärke	26,90
Köln Rottweil	119,40
Körbisdorf. Zucker	122,—
Kraftwerk Thüring.	6,3

Lahmeyer & Co.	12,—
Leopoldgrube (140)	88,—
Linde Eismasch.	117,25
Lüneb. Wachs. (100)	118
Magdeburger Gas	5,40
" Bergw.-Ges.	103,—
Mansfelder Bergw.	4,90
Marienh. Kotzenau	62,—
Masch. Baum	26,75
Buckau	12,50
Mix u. Genest (100)	95,50
Neckarsf. Fahrzeug	
Niederschl. Elektriz.	10,25
Oberschl. Eisen. Bed.	10⅞
Orenstein & Koppel	18,10
Ostwerke	95½
Panzer	15,5
Phönix Bergbau	61,—
" Braunkohle	46,
Reichelt Metall	85,—
Rheln. Westf. El. W.	118,75
Gebr. Ritter	17,—
Rombach Hütte	28,30
Rositzer Zucker	20,70
Rütgerswerke	16,25
Sächs. Webstühle	16,90
Sarrotti Chok. (20)	2,90
Schieß Masch. (600)	49,90
Schuckert & Co.	63,75
Schulz jun. (200)	140,—
Siegen-Solinger	2½
Simonius Zellulose	—
Steingut Colditz	21,75
Stinnes Riebeck	105,25
Tecklbg. Schiff	20,75
Tempelhoferfeld	36,—
Thüringer Zucker	86,
Union chem. Prod.	17,80
Varziner Papier (80)	66,25
Ver. Kohle Borna	32,25
Wandererwerke	15,20
Wegel. & Hüb. (100)	79,25
Wersch.-Weiß. Brk.	163,—
Westeregeln Alkali	22,
Wolf Masch. Buck.	6,25
Wotanwerke	4,90
Zeitz. Masch. A. (100)	148,—
Zwickau. Masch. (20)	81,60

Berliner Freiverkehr vom 24. März 1925.

Kali Krügershall	11,52-11,60	Becker-Kohle	7,— 7⅛	Ruß A. E. G.	—
Wittekind	8,—	Brown Boveri	60,—-63,—	Schebera	—
Api	1,35-1,45	Chem. Zeitz	8,55--8,7	Jul. Sichel	2,5 -2,6
Dtsch. Petrol.	15,75	Gummi Elbe	5,50	Stoewer-Auto	—
Diam. Shares	22,25-23,—	Hagen & Nötteln	—	Straulauer Glas	18,50
Nationalfilm	0,525-0,575	Hochfrequenz	6,—	Winkelh. Cogn.	1,55
Ufa-Film	12,75-12⅞	Manoli	0,975-1,025		

Leipziger Börse vom 24. März 1925.

Altenburg. Landkr.	1,3	Hetzer Weimar	1,125	Naumann-Brauerei	46,
Busch Waggon Vrz.	19,75	Hupfeld, Ludw,	7,75	Paradiesb. Steiner	149,5
Chromo Najork (20)	93,5	Kästner, Carl	2,8	Pittler Werkzeug	166,—
Cröllwitzer Papier	13,75	Kirchner & Co.	28,9	Riquet & Co. (20)	110,—
Dermatoid Wk. (20)	73 25	Körbisdorfer Zuck,	123,—	Schub. & Salzer (100)	155,
Etzold & Kießling	9 8	Kriebsch Mühle	85,25	Stöhr, Kammgarn	46,8
Falkenst. Gardinen	16,9	Landkr. Leipzig	78,—	Thür. Wollgsp, (100)	100,
Gnüchtel. S Email	96,	Leipzig Riebeck - B.	18,7	Tränk. & Würk. (100	102,75
Groß, Kunstanstalt	4,6	" Buchd. Fritzsche	99,5	Ullersdorf. W. (100)	75
Hall. Pfännersch.	106,—	* Piano Zimm.	10,6	Wotanwerke	4,9
Hartmann S. Masch	7,	Lindner Gottfr. (100)	85,—	Zittau Mech. Web.	9,4

Leipziger Freiverkehr vom 24. März 1925.

Altenburg. Glash.	80,—	Ley, Arnstadt	3,8	Samsonia	0,46
Bauchwitz Pscherer	0,44	Metallw. Borsdorff	—	Seidel & Naumann	3,40
Busch Wagg. (p. St.)	12,—	Nordd. Gem. 500	73,—	Thür. Zuck.-Walschl	67,—
Dähne Max	6,16	Nordd. Gem. 1000	158,5	Weidaer Jutte	72,5
Escher Bernh.	8,25	Parkhotel Leipzig	126 5	Wollhaar Hainichen	1,07
Heine & Co.	3,2	Reform Motoren	55,5		
Karnatzki	2,5	Rhein.-Hess. Treibr.	0,08		

*) **Die hinter der Aktienbezeichnung in Klammern stehende Ziffer bedeutet den heutigen Goldwert und ist der dahinter verzeichnete Kurs in Goldprozzent zu verstehen.**

Notenkurse.

Berlin, 24. März. Polen 80,475—80,875, Oesterreicher 58,99—59,19, Schweizer 80,75—81,15, Italiener 17,105 bis 17,185.

Berliner Metallpreise.

Berlin, 24. März. Elektrolytkupfer 135,50, Raffinadekupfer 125—126, Weichblei 72—73, Rohzink 71,50—72,50, Aluminium 235—240, Bankazinn 505—515, Reinnickel 340 bis 350, Feinsilber (ca. 900 f.) 94—95.

Rundfunkprogramm.

Leipziger Meßamts-Sender
Welle 454 Meter.

Donnerstag, 26. März.

10 Uhr vm.: Wirtschaftsnachrichten. Woll- und Baumwollpreise.
10.15 Uhr vm.: Was die Zeitung bringt.
12 Uhr m.: Mittagsmusik.
12.55 Uhr nm.: Nauener Zeitzeichen.
1 Uhr nm.: Börsen- und Presseberícht.
4 Uhr nm.: Landwirtschaftliche Preisberichte.
4.30—6 Uhr nm.: Konzert der Hauskapelle.
6 Uhr nm.: Landwirtschaftliche Preisberichte (Wiederholung).
6.15 Uhr nm.: Landwirtschaftliche Preisberichte (Fortsetzung).
6.30—6.45 Uhr nm.: Steuerrundfunk.
7—7.30 Uhr nm.: Emil Droonberg: „Der Sonnentanz der Indianer".

Danziger Abend.

7.30—8 Uhr nm.: Heinz Herbert Brausewetter: „Danzig ein deutscher Vorposten".
8.15 Uhr nm.: Konzert. Mitwirkende: Paul Losse, Gesang; Heinz Herbert Brausewetter, Rezitationen; die Rundfunkhauskapelle; am Flügel: Willy Hoyer. 1. Brase: Festmarsch „Heil Danzig" (die Rundfunkhauskapelle). 2. a) Max Halbe: „Gruß an die Heimat"; b) Eichendorff: „In Danzig"; c) Jos. Lauff: „Danzig"; d) B. Pompecki: „St. Marien"; e) Willibald Omankowski: „Die Glockenspiele"; f) W. Domansky: „Danzig im Grünen"; g) K. Lange: „O Heimat" (Heinz Herbert Brausewetter). 3. a) Fritz Binder: Danziger Sängergruß; b) Wie's daheim war, Volkslied (Paul Losse). 4. Felix Dahn: Die Mette von Marienburg (Heinz Brausewetter). 5. Viktor Wolfgang Schwarz: Danzig sei deutsch, das Lied der Danziger (Paul Losse). 6. Paul Enderling: „Das Signal", eine Danziger Historie. Rentier Poguttke, Danzigs populärste Persönlichkeit. 7. a) Johannes Trojan, „Weichselfahrt"; b) Paul Enderling, „Danziger Kogge"; c) Paul Enderling, „Danziger Spruch" (Heinz Brausewetter). 8. Franz v. Blon: „Hand in Hand", Marsch (Rundfunkhauskapelle).
Anschließend (etwa 9.30 Uhr nm.) Presseberícht und Sportfunkdienst.
10—11.30 Uhr nm.: Funkbrettl. Karl Keßler, Rezitationen; Anni Mack, Lieder zur Laute; die Rundfunkhauskapelle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250325-16/fragment/page=0008